

IM FADENKREUZ DER DATENJÄGER

Freiheit statt Angst – 15.000 auf der Straße

Eine Riesen-Spinne als Sinnbild staatlicher Überwachungspraktiken zog im Demonstrationszug durch Berlins Mitte mit Gefangenen im Netz. Wenn es nach dem „Schäuble-Katalog“ geht, werden demnächst Telekommunikationsdaten der gesamten Bevölkerung auf Vorrat gespeichert und können Computer online durchsucht werden. Was unter dem Mantel der Terrorismusbekämpfung und verbesserten Schutzes vor Kriminalität ab diesem Herbst durch die parlamentarischen Instanzen gewunken werden soll, bedeutet einen Frontalangriff auf das Bürgerrecht der informationellen Selbstbestimmung.

Dass Freiheitsrechte aufgegeben werden und eine „unkritische Konsumgesellschaft von Menschen, ‚die nichts zu verbergen‘ haben“, geschaffen werden soll, befürchtet ein breites Bündnis von Überwachungskritikern, die unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ der inneren Aufrüstung Einhalt gebieten wollen. Für den 22. Sep-

tember 2007 hatte das Bündnis zu einer Demo in Berlin aufgerufen. Und etwa 15.000 kamen. Die Forderungen des Aktionsbündnisses richten sich u.a. gegen eine Totalspeicherung von Telefon-, Handy- und Internetverbindungen und geheime Computerausspähung, gegen Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Es geht um ein Stopp für Biometriedaten und RFID-Chips in Ausweisen und Pässen sowie der Personenkennzeichnung durch die einheitliche Steuer-Identifikationsnummer – allesamt staatliche Maßnahmen, von denen die gesamte Bevölkerung betroffen wäre. Aber auch speziellere Vorhaben wie die Finanz- und Fluggastdatenübermittlung an die USA, das Schufa-Scoring, Überwachung am Arbeitsplatz und die geplanten Aus-

kunftsansprüche der Industrie zu Nutzungsdaten und Kundenprofilen stehen zunehmend in der öffentlichen Kritik. Zu den Unterstützern der Demonstration zählte neben ver.di insgesamt auch die Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion. „Mit einer freien Presse, mit unseren Vorstellungen von Informantenschutz und Zeugnisverweigerungsrecht als wesentlichen Grundpfeilern der Pressefreiheit ist die geplante Vorratsdatenspeicherung nicht vereinbar“, erklärte dju-Bundesgeschäftsführerin Ulrike Maercks-Franzen auf der Kundgebung am Brandenburger Tor. Nach Umsetzung der Pläne gebe es für Informanten kaum noch eine Möglichkeit, vertraulich mit Journalisten Kontakt aufzunehmen. Generelle Überwachung und Speicherung werde auch deshalb abgelehnt, weil diese Daten „zum Anlass für Ermitt-

lungen wegen Geheimnisverrats gegen Journalisten genommen“ werden könnten. Was aus Sicht der freien Presse und ungehinderter Arbeitsmöglichkeiten für Journalistinnen und Journalisten gesagt werde, geschehe nicht aus

**Bürger sind nicht
gleich Terroristen**

**Grundpfeiler der
Pressefreiheit stärken**



Bündnis der Kritiker: Spinnennetz staatlicher Überwachung zieht sich unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung zusammen.

berufsständischen, individuellen Interessen, sondern „im Interesse des gesellschaftlichen Auftrags der Medien“.

Dass trotz des sensiblen Themas Polizisten einzelne maskierte Teilnehmer abführten, anderen Demonstranten „die Kamera direkt vors Gesicht gehalten haben“ und ein spezieller TV-Übertragungswagen der Gesetzeshüter die Demo begleitete, hielten Veranstalter für symptomatisch. „Einigkeit und Recht und Freiheit“ statt „Sicherheit und Zucht und Ordnung“ forderte Mitinitiator Patric Breyer vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung in seiner Abschlussrede. **neh**

AUS DEM INHALT

SEITE 5

Verkauft wird nicht! Volksbegehren gegen Privatisierung

SEITE 7

Silberstreif: Erfahrungen an Jüngere weitergeben

SEITE 10

Bescheidenes Ergebnis: Tarifvertrag beim RBB

SEITE 14

Ein Dorf macht Theater: Kein Saisonende in Netzeband

Im gesamten öffentlichen Dienst hat es 2005 und 2006 eine Tarifrunde gegeben, bei der Berlin außen vor stand. Selbst anerkannte Haushaltsnotlage-Länder haben ihren Beschäftigten Einmalbeträge gezahlt. Doch Berlin hinkt hinterher und droht bereits von der nächsten Tarifrunde im öffentlichen Dienst überrundet zu werden. Keine Rolle, in der sich Berlins Regierender Bürgermeister sonst gefällt.

Die Berliner Landesbeschäftigten in Bezirksämtern, Senatsverwaltungen, Musikschulen oder Landestheatern wollen die Übernahme dieser Tarifergebnisse und fordern, dass der Regierende wenigstens als Letzter ins Ziel geht, bevor im Frühjahr 2008 die neue Tarifrunde für die Bundesministerien und die kommunalen Bereiche beginnt.

Um ihm Druck zu machen, haben sie sein Rathaus „fürsorglich belagert“. Auf einer Kundgebung am 11. Juli wurde er an den unerwarteten Steuergeldregen für die Landeskasse erinnert, und am 19. September erhielt er von fast 10.000 Landesbeschäftigten die erste Warnstreikkarte gezeigt. Sie werden ihn nicht vom Spielfeld schleichen lassen!

Der letzte Abschluss im Frühjahr 2005 für die Kommunen, Landkreise, kommunalen Betrie-

be und die Arbeitgeberin Bundesrepublik hatte den Abschied von BAT/BAT-O und BMT-G/BMT-G-O besiegelt und einen neuen einheitlichen Manteltarifvertrag für Ost und West, Arbeiter/innen und Angestellte eingeführt. Außerdem wurden Einmalzahlungen im Volumen von drei mal 300 € für 2005 bis Ende 2007 vereinbart. Für alle

Erhöhungen von 2,9 Prozent auch schon Regelungen für das Jahr 2008 getroffen wurden.

Berlin hat von alledem nichts mitgemacht. Der von SPD und Linkspartei gebildete Senat hatte die Berliner Landesbeschäftigten Ende 2002 vielmehr mit tausenden betriebsbedingten Kündigungen bedroht und versuchte so, von

Tarifflicht erfolgte, kurz bevor auf Bundesebene eine 4,4 prozentige Erhöhung in mehreren Schritten vereinbart wurde.

In dieser Situation haben sich die Berliner Landesbeschäftigten tapfer behauptet. Im Juli 2003 konnten sie mit dem Anwendungstarifvertrag wieder eine Tarifbindung erreichen. Die Chance, im Tarifverband des öffentlichen Dienstes zu bleiben, war ein wesentliches Argument für den Abschluss. Die Erhöhungsschritte von 4,4 Prozent und alle bundesweiten Ergebnisse wurden für Berlin übernommen, aber Arbeitszeit und Einkommen im Tausch gegen Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen um 8, 10, 12 Prozent gekürzt. Im Anwendungstarifvertrag wurde eine Handlungsverpflichtung der Berliner Vertragsparteien bei den weiteren Tarifrunden im öffentlichen Dienst auf der Bundesebene vereinbart. Dazu gehört die Möglichkeit des Arbeitskampfes, das heißt nötigenfalls auch Streik.

Der droht jetzt! Wenn der rote Senat noch länger zaudert, gibt es ein Mannschaftsspiel mit den anderen Beschäftigten Berlins in deren nächster Tarifrunde: Forderungen von deutlich über fünf oder sechs Prozent werden schon diskutiert. Lohnt doch, oder?

AUF EIN WORT

ÜBERRUNDET ODER DAUERHAFT ABGEHÄNGT?



Foto: transilic - v. Polentz

ASTRID WESTHOFF, STELLVERTRETENDE VER.DI-LANDESBEZIRKSLEITERIN, VERHANDLUNGSFÜHRERIN

Bundesländer – außer Hessen und Berlin – wurde der weitgehend gleiche Tarifabschluss 2006 durch einen 16wöchigen Streik erkämpft – mit dem wesentlichen Unterschied, dass in diesem Abschluss-Paket mit tabellenwirksamen Er-

höhungen von 2,9 Prozent auch schon Regelungen für das Jahr 2008 getroffen wurden. Berlin hat von alledem nichts mitgemacht. Der von SPD und Linkspartei gebildete Senat hatte die Berliner Landesbeschäftigten Ende 2002 vielmehr mit tausenden betriebsbedingten Kündigungen bedroht und versuchte so, von

BUCHTIPP

50 VORSCHLÄGE FÜR EINE GERECHTERE WELT

WIEN 2006

Der Buchtitel ist wörtlich zu nehmen. Doch gewarnt sei jeder, der leichte politische Lektüre vermutet. „Der Grundvorschlag dieses Buches lautet“, so der Autor, „die Menschheitsinteressen wieder zum Zweck ökonomischer und zwischenstaatlicher Beziehungen zu machen“. Entsprechend werden weltwirtschaftliche Vorgänge auf den Prüfstand gestellt – in 18 Kapiteln, die klar gegliedert sind in Darstellung, Analyse, Alternativen. Dieser Aufbau macht das Buch in einer Weise handhabbar, dass man je nach Interessenlage mit ihm wie mit einem Nachschlagewerk umgehen kann. Ein Beispiel: Im Kapitel „Bändigung der Finanzmärkte“ wird die Reform des Internationalen Währungs-

fonds (IWF) eingefordert, da dessen gegenwärtige Politik letztlich den Markt und die langfristige Weltwirtschaft untergräbt, statt sie zu stützen. Die G8-Staaten haben dort 50 Prozent der Stimmrechte inne, die 80 ärmsten Länder 10 Prozent. Da alle wichtigen Entscheidungen 85 Prozent der Stimmen erfordern, sind außerdem die USA mit ihrem 17-Prozent-Anteil zu jedem Veto in der Lage.

Der Alternativvorschlag fordert eine Neuaufteilung der Stimmrechte, daneben eine Strukturreform. Auch bedarf es einer radikalen Mandatsänderung und die Einbindung in das UN-System.

Aufgegriffen wird der Vorschlag zu einem demokratisch zusammengesetzten Kreditnehmerschuss, der von Prof. Joseph Stiglitz stammt. Auf ihn – US-amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, von 1997-2000 Chefökonom der Weltbank, Nobelpreisträger – beruft sich der Autor wegen des-

sen Kompetenz und seiner nunmehr gewonnenen kritischen Sicht auch an anderen Stellen des Buches gern.

Der Vorschlag zu einer Weltwährung – entgegen der Rechnung auf Dollarbasis – mit der sich viele Stabilitätsprobleme lösen ließen, wurde von Nobelpreisträger Robert Mundell übernommen. Weitere Überlegungen beziehen sich auf Kapitalverkehrskontrollen, das Verbot des Aktienkaufs auf Kredit, die Zügelung der aggressiven Hedgefonds, eine Fusionskontrolle, mit der den Multis Grenzen gesetzt werden. Und so fort.

Was in der Verknappung vielleicht utopisch erscheint, wird, mit Fakten belegt, bedenkenswert und glaubwürdig. Faszinierend ist, dass in keiner Richtung Denkverbote auferlegt werden. Auf eben diese Weise sind die Möglichkeiten sozialer Sicherheit behandelt wie Renten, Gesundheitsversorgung und Arbeitszeitverkürzung. „Ho-

mo socialis statt Homo oeconomicus“ fordert Vorschlag 48 der besagten 50 ein. Dank einer klaren Sprache werden auch komplizierte ökonomische Gegenstände gut durchblickbar. Am Ende jedes Kapitels untermauern umfangreiche Quellenverweise das Dargelegte.

Der Autor, Mitbegründer von attac Österreich, merkt kritisch an, dass „solche grundlegenden volkswirtschaftlichen Zusammenhänge in den Medien kaum dargestellt werden“. Umso mehr sei die Lektüre besonders Journalisten, aber nicht nur ihnen ans Herz gelegt. Denn hier wird der Blick über den nationalen Tellerrand geweitet und aufgefordert, die Gestaltung des Zusammenlebens neu zu denken. Und dafür aktiv zu werden. **Annemarie Görne**

Christian Felber: 50 Vorschläge für eine gerechtere Welt. Gegen Konzernmacht und Kapitalismus. Deudicke im Paul Zsolnay Verlag Wien, 2006. ISBN 10: 3-552-06040-5

Freischwebend vor und hinter der Filmkamera

Studio Babelsberg fährt Gewinne ein – auch die Beschäftigten?

In diesem Jahr erwartet die Studio Babelsberg AG einen Gewinn in Höhe von fünf Millionen Euro. „Dies ist der erste Gewinn“, sagt Jan-Peter Schmarje, Betriebsratsvorsitzender der Studio Babelsberg AG. Noch im vergangenen Jahr hatte das Unternehmen einen dramatischen Umsatzeinbruch durch die Absage von zwei Filmproduktionen hinnehmen müssen. Statt der erwarteten 55 Millionen Euro lag der Umsatz im Jahr 2006 nur bei 16,4 Millionen Euro und der Konzernverlust bei 2,75 Millionen Euro.

Die Geschäftsleitung geht davon aus, dass sich das Blatt dauerhaft gewendet hat. „Die sehr gute Auftragslage im ersten Halbjahr zeigt, dass unsere Strategie 2006 richtig war, die vorhandenen Studiokapazitäten auszubauen und sich auf unsere Kernbereiche zu konzentrieren“, sagte der

Vorstandsvorsitzende Carl Woebcken. In den ersten acht Monaten 2007 wurden acht Kinoproduktionen umgesetzt, für vier läuft

Von glitzernder Filmwelt bleibt wenig

noch die Produktion. Darunter ist auch der Hollywood-Thriller „Valkyrie“ über das gescheiterte Hitler-Attentat mit Tom Cruise in der Hauptrolle. Insgesamt geht die Geschäftsleitung von elf Produktionen für das laufende Jahr aus.

Ob auch die Beschäftigten davon profitieren werden, ist noch offen. Studio Babelsberg ist Mitglied in der Arbeitgebervereinigung Verband Technischer Betriebe für Film und Fernsehen e. V. (VTFB). Sowohl von den Arbeitgebern als auch von ver.di wurden die

Tarifverträge zum Jahreswechsel gekündigt. Bisher gibt es nur einkommensneutral vereinbarte Verhandlungen über die Neuordnung eines Entgelttarifvertrages. Erst ab Jahresbeginn 2008 stehen Entgelterhöhungen zur Debatte. Bis dahin sollen auch die Manteltarifverhandlungen laufen, informiert ver.di-Tarifexperte Matthias von Fintel.

Nur ein kleiner Teil der Medienschaffenden in der Filmbranche ist fest angestellt. Die meisten arbeiten selbstständig oder werden für die Produktionsdauer angestellt. Das ver.di-Projekt connex.av hat unter ihnen eine Umfrage zu Arbeitszeiten, sozialer Absicherung und Einkommen durchgeführt. Das Ergebnis ist ernüchternd, von der glitzernden Filmwelt bleibt nicht viel übrig: Zwar gaben 53,4 Prozent der auf Produktionsdauer Beschäftigten sowie 39,7 Prozent der Selbststän-

digen und 44,6 Prozent im Wechsel Beschäftigten an, dass sie mit ihrem Einkommen zufrieden sind. Dennoch bestehen zwischen den Berufsgruppen starke Unterschiede. Und Frauen verdienen im Schnitt 8.759 Euro im vergangenen Jahr weniger als ihre männlichen Kollegen. Für 68 Prozent der Befragten besteht in der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben eine sehr starke oder stark belastende Situation. Sorgen bereitet ihnen die soziale Absicherung: 49,9 Prozent waren damit eher unzufrieden, 28,3 Prozent gaben sogar sehr unzufrieden an.

Ein Problem, das auch die Stars der Branche beschäftigt. Senta Berger schrieb in das Vorwort der Broschüre zur Umfrage: „Wir, die sogenannten Freischaffenden, sind

Zwischen zwei Drehs sichert kein Netz

durch die Bedingungen in unserer Branche sozial nicht genügend abgesichert. Gerade zwischen zwei Drehs sichert uns kein Netz. Vielleicht sollten wir lieber von uns als ‚Freischwebenden‘ sprechen als von Freischaffenden.“ **sil**

Es sind durchaus sehr verschiedene „Wasser-Ansichten“, die seit dem 9. Oktober bei der gleichnamigen Ausstellung der Fachgruppe Bildende Kunst in der Medien Galerie zu sehen sind. Werke von 14 Künstlern wollen Anregung geben, sich mit dem Thema Wasser auseinanderzusetzen – als

Ureigenes Thema fand großen Widerhall

Quelle des Lebens, aber auch von Profit, als Menschenrecht oder Lebensmittel, als Konfliktpotenzial der Zukunft.

Initiiert wurde die Schau von Barbara Salome Trost, die seit zwölf Jahren ausschließlich zum Thema Wasser arbeitet. Sie hat zum Beispiel bis zu deren Tod gemeinsam mit der international bekannten Seerechtsexpertin Elisabeth Mann-Borgese in Kanada meeresbezogene Projekte und Ausstellungen gestaltet oder mit Unicef „Wasserwelten“ erarbeitet. Ihr ureigenes Thema, zu dem sie bei der

Ohne Wasser, merkt euch das...

Erste themenbezogene Ausstellung der Fachgruppe Bildende Kunst eröffnet



Barbara Salome Trost (2. v. li) erläutert Besuchern ihre zwei Ölgemälde, neben ihr Brigitte Lange.

Vernissage auch sprach, fand bei anderen Malerinnen und Gestaltern soviel Widerhall, dass sich das Ergebnis der „ersten themenbezogenen Ausstellung“ der Lan-

desfachgruppe Bildende Kunst „durchaus sehen lassen kann“. Die amtierende Vorsitzende Brigitte Lange kündigte in ihrer Eröffnungsansprache zugleich an,

künftig jährlich eine eigene Schau der Fachgruppe zu wechselnden Themen zu organisieren. ver.di werde schon diesmal mit gutem Beispiel vorangehen und den beteiligten Künstlerinnen und Künstlern eine Ausstellungsvergütung zahlen, wie das seit langem prinzipiell gefordert werde. Zudem startete die Bundesfachgruppe in ver.di einen neuen Versuch, den Anspruch auf eine solche Vergütung endlich gesetzlich zu verankern.

Die aktuelle Ausstellung in der Medien Galerie vereint Fotoarbeiten, Collagen, Werke in Öl und Acryl, Radierungen sowie Objekte, Installationen und Medaillen und ist noch bis 16. November zu sehen. Am 24. Oktober fand außerdem eine Diskussion statt zum Thema „Wasser – Ware oder Menschenrecht? – Die Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe“. **neh**



Aufmerksamkeit fürs knifflige Brettspiel



Fotos: transit/C. v. Polentz

... und die Schirmherrin.

Soli – Spiellaune mit Bao

11. Journalistenbasar unterstützte Schulprojekt auf Sansibar

Genau am Weltfriedenstag, dem 1. September, rief der 11. Solidaritätsbasar der Berliner Journalistinnen und Journalisten, den die Mediengewerkschaft organisiert, wieder Sympathisanten, Interessenten und Schaulustige auf den Alexanderplatz. Es gab neuerlich Stände von Zeitungen und Zeitschriften der Region, Verlage präsentierten ihr neuestes Angebot und Autoren signierten ihre Bücher, darunter Prominente wie Helmuth Recknagel und Gisela

Steineckert oder auch Eulenspiegel-Karikaturist Arno Funke alias „Dagobert“. Schirmherrin Daniela Dahn informierte sich bei einem Rundgang u.a. ausführlich am Stand der Wochenzeitung „Freitag“. Die dju und ver.di waren mit Informationen, einem Verkaufstand mit Kuchen, Kaffee und Bücherspenden sowie einer Tombola vertreten. Das Bühnenprogramm bot ein musikalisches Spektrum von internationaler Folklore bis Folkpunk. Zahlreiche Vereine,

die sich mit Entwicklungshilfeprojekten befassen, boten Informationen an. Vertreter des Projektes „Begegnungen mit Sansibar“ des Vereins Demokratie und Integration Brandenburg e.V. standen auf der Bühne Rede und Antwort. Kommt doch der Erlös dieses Basars, 8000 Euro, der besseren Ausstattung von neun Schulen in Sansibar (Tansania) mit Büchern für Schülerbibliotheken oder mit Laborgeräten für den Chemie- und Physikunterricht zu-



gute. Die Besucher auf dem Alex – es kamen etwa 17.000 – konnten sich Sansibar auch spielerisch nähern und mit etwas Lust und Zeit Bao lernen, ein auf der Inselgruppe vor der Ostküste Afrikas verbreitetes Brettspiel. **red.**

PRAKTIKA

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion in ver.di hat mit dem Deutschen Journalisten-Verband und der Jugendpresse Deutschland im Rahmen der gemeinsamen „Praktika-Offensive“ Richtlinien für Praktika erarbeitet und herausgegeben. Die dort enthaltenen Empfehlungen sollen die Qualität journalistischer Praktika verbessern helfen. Sie können als Handreichung dienen, um konkrete Vereinbarungen zu treffen, etwa einen Praktikumsvertrag zu schließen. Die Richtlinien stehen als pdf-Dokument zum Download bereit unter: www.dju.verdi.de, Rubrik Junge Journalisten/Praktika.

Spiegelbild glücklicher Jahre

Politische Plakate des befreiten Nicaragua 1979 – 1990 in der Medien Galerie

Der Sieg der Revolution sei auch ein Sieg der Poesie gewesen, erklärte Ernesto Cardinale, Kulturminister im 1979 befreiten Nicaragua. Wie sehr die wohl glücklichsten Jahre des nicaraguanischen Volkes auch die bildenden Künstler beflügelt haben, zeigten Plakate, die vom 28. August bis zum 5. Oktober in der Medien Galerie in der Dudenstraße zu sehen waren.

Zur Eröffnung der Ausstellung, die als Ergebnis der Städtepartnerschaft Köln-Corinto zustande kam, stellte Ulrich Wirper als Herausgeber einen Bildband vor mit

dem Titel „Die Revolution ist ein Buch und ein freier Mensch“. Er enthält Abbildungen von 500 Plakaten, die in den Jahren 1979 bis 1990 in dem südamerikanischen Land entstanden. Schon die 46 bei uns gezeigten sprachen in bewegender Weise von der Aufbruchstimmung in „10 Jahren Kampf um Selbstbestimmung“ in Wirtschaft, Bildung, Kultur.

„Wir sind Menschen, die vom Lande leben“, heißt es auf einer Ansicht fruchtbarer Felder. An 1.487.000 Bauern waren damals die Flächen weniger Großgrundbesitzer vergeben worden, dar-

unter an 1.022.000 Landlose. Am „Kreuzzug der Alphabetisierung“ waren vorrangig Frauen beteiligt. In jedem befreiten Winkel wurde gelehrt und gelernt. Schon 1980 verlieh die Unesco Nicaragua den jährlichen Alphabetisierungspreis.

„Unser Land ist für die Menschlichkeit gedacht“, steht auf einem der Fröhlichkeit ausstrahlenden Kunstwerke. – Vergangenheit! Bei aller Wehmut glimmt für den Betrachter vielleicht ein Fünkchen Hoffnung auf angesichts der jüngeren politischen Ereignisse in Lateinamerika. **E. Bri.**

Der Film „Der große Ausverkauf“ zeigt, wie alltäglich das Geschäft mit der Privatisierung geworden ist und welche globalen Ausmaße es erreicht hat. Auf den Philippinen betrifft das die Krankenhäuser, in Südafrika Strom und Wasser, in England die British Railways. Auch hierzulande ist die Grundversorgung in diesen Bereichen bedroht. Aber auch Bildung, Rente, Sport, Unterhaltung und Kultur werden peu à peu privatisiert. Die Politik verkauft rasant, was mit Steuermitteln über viele Generationen aufgebaut wurde. Die Frage, ob dies verfassungsrechtlich legitim ist, wurde bisher nicht offiziell gestellt.

ver.di-Landeschefin Susanne Stumpfenhusen wurde mit dem Thema zum ersten Mal bei der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe 1997/98 konfrontiert: „Bei der Privatisierung werden Betriebe, die sich an Kriterien des Gemeinwohls orientiert haben, in der Regel einer gewinnorientierten Steuerung unterworfen. Daseinsvorsorge ist die Verantwortung der Kommunen dafür, dass den BürgerInnen flächendeckend Infrastrukturleistungen in guter Qualität und zu bezahlbaren Preisen angeboten werden. Wenn aber der Gewinn Priorität hat, verstärkt das den Druck auf die Arbeitsplätze, auf Arbeits- und Einkommensbedingungen.“

Häufig verläuft der Verkauf abseits der Öffentlichkeit. Mit faulen Verträgen, die meist geheim bleiben, und Gewinngarantien machen internationale Konzerne, die sich zu Käuferkonsortien zusammenschließen, ein Riesengeschäft. Die Verluste werden auf die Allgemeinheit abgewälzt.

Privatisierung ist häufig ein schleicher Prozess. So werden staatliche Unternehmen meist zuerst teilprivatisiert, wie bei Telekom und Post. Public Private Partnership ist das Zauberwort. Geht es nach dem Willen von Bertelsmann, dem Medienkonzern, der ja auch politisch rührig ist und eigene Zentren betreibt, wird die Privatisierung des Staates großflächig vorbereitet: Verwaltung, Militär, Schulen, Gefängnisse, Straßen usw. stehen auf der Wunschliste.

Es drohen fatale Folgen: materielle und geistige Verarmung, Unfreiheit und Monopolisierung. Und auch der Staat entmachtet sich selbst, konstatiert Werner Rügemer in seinem 2006 erschienenen Buch „Privatisierung in Deutschland“. Betrachtet man die Ge-

Verkauft wird nicht!

Drei Berliner Volksbegehren gegen Privatisierung gestartet



schichte der Privatisierung in der Bundesrepublik, dann fällt auf, dass sie 1990, nach der Wende, beginnt. Im Osten wurden staatliche Unternehmen, Immobilien und Wohnungsbaugesellschaften verkauft. Ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel hat stattgefunden. In Berlin übernimmt der Senat die Kreditausfälle aus dem Immobiliengeschäft in Höhe von 21,6 Milliarden Euro. Die Schuldigen gehen wahrscheinlich straffrei aus.

„Aufklärung, Lobbyarbeit, Blick über den deutschen Tellerrand“, sind für Susanne Stumpfenhusen die wichtigsten Instrumente gegen Privatisierung: „Wir sind mit attac, dem BUND, der Grünen Liga und weiteren Organisationen Mitglied im Bündnis ‚Bahn für alle‘, weil wir die geplante Kapitalprivatisierung der Bahn für eine katastrophale Fehlentscheidung halten. Und wir unterstützen CorA, das Netzwerk für Unternehmensverantwortung, in dem wir mit zahlreichen NGOs für faire Kriterien bei der Reform des Berliner

Vergabegesetzes und eine ökologisch und developmentpolitisch verantwortungsvolle Beschaffung, für Tariftreue und Mindestlöhne streiten.“

Ein Mittel gegen Privatisierung sind Bürgerentscheide und Volksbegehren. Auch die aktuelle Kampagne „Bürgerbahn statt Börsenbahn“, die von vielen deutschen NGOs initiiert wurde, zeigt das. Doch Volksbegehren stellen ein komplexes, sehr bürokratisches Verfahren dar. Einfacher gestaltet sich das BürgerInnenbegehren, das auf Bezirksebene ansetzt.

Dennoch hat das Berliner Bündnis gegen Privatisierung, bestehend aus verschiedenen Initiativen und Organisationen, in diesem Sommer drei Volksbegehren gestartet: „Eine Berliner Sparkasse: regional-sozial-transparent und demokratisch“ wurde von der Initiative „Berliner Bankenskandal“ initiiert und beinhaltet u.a. Forderungen für ein Girokonto, das auch armen Menschen zugänglich ist, für einen stärkeren regio-

nen Bezug der Kredite, ein demokratisches Kontrollgremium, den Erhalt der Filialdichte und Arbeitsplätze. Der „Berliner Wassertisch“ hat das Begehren zur Offenlegung der Geheimverträge gestellt. Die Berliner zahlen im bundesdeutschen Vergleich die höchsten Wasserpreise. Dies ist der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe geschuldet, denn der geheime Vertrag verpflichtet den Senat zu Gewinngarantien an die Käufer RWE und Veolia. Über 2000 Arbeitsplätze sind gestrichen worden, weiterer Personalabbau ist geplant. Das Bündnis für Solidarität und freie Bildung trägt das Begehren für offene und demokratische Hochschulen. Damit soll verhindert werden, dass auch in Berlin Studiengebühren eingeführt werden, die demokratischen Strukturen an den Hochschulen sollen gestärkt werden.

20.000 Unterschriften benötigen die Initiatoren für jedes der Begehren bis zum Jahresende. Da hat es das Kreuzberger-Friedrichshainer BürgerInnenbegehren „Spreeufer für alle“ einfacher. Die Forderung, bei der neuen Bebauung im Rahmen des Stadtentwicklungsprojekts „Mediaspree“ 50 m Abstand für Uferwege und Grün zu lassen, keine weiteren Hochhäuser über der Berliner Traufhöhe zu planen und keine neue Autobrücke zu bauen, braucht nur 5000 Unterschriften.

Bisher fehlt es dem Bündnis gegen Privatisierung an einer breiten Unterstützung. Die Parteien stehen den Begehren ablehnend gegenüber, macht die Privatisierung doch einen beträchtlichen Bestandteil des Berliner Politikgeschäftes aus. Auch die Presse schweigt. Hat man sich hierzulande an die Missstände gewöhnt? Müsstens die Energie- und Wasserpreise erst um 300 Prozent steigen und die Hälfte des Einkommens ausmachen, bevor sich auch in Deutschland der Widerstand regt? In Bolivien eroberten sich die Menschen ihr Wasser zurück. Es gehört wieder allen...

Malah Helman

Infos und Unterschriftsbögen zu den drei Berliner Volksbegehren: www.unverkaeuftlich.org. Infos zum BürgerInnenbegehren „Spreeufer für alle“ www.ms-versenken.org.

Schreiben oder Putzen?

Umfrage des Berliner VS zeigt miserable Lage für Autoren

Die soziale und berufliche Situation von Schriftstellerinnen und Schriftstellern, vor allem in Berlin, ist denkbar schlecht, darauf weist ver.di seit langem hin. Um dem Senat und den Medien gegenüber mit Fakten argumentieren zu können, hatte sich der Vorstand des Berliner Verbandes der Schriftsteller (VS) entschlossen, an seine Mitglieder einen Fragebogen zu versenden. 87 Antworten trafen ein.

Von denen, die sich beteiligten – rund 40 Prozent Männer und 60 Prozent Frauen, in der Altersstruktur zwischen 30 und 80 relativ gleichmäßig vertreten – sehen sich zwei Drittel als hauptberuflich Schreibende. Nur ein kleiner Teil von ihnen, rund 15 Prozent, ist bei einer Literaturagentur. Auch Publikationen im Selbstverlag oder bei Books on Demand waren eher die Ausnahme als die Regel.

Hinsichtlich der ausgehandelten Verträge fällt erschreckend auf, dass die Honorare oft unter dem ohnehin niedrigen Mindest-

honorar liegen, das ver.di mühsam erstritten hat: Statt 10 Prozent beim Hardcover gab es für Romane im Durchschnitt nur 8,8 Prozent, für Sachbücher gar nur 8,2 Prozent des Netto-Ladenverkaufspreises. Kinder- und Jugend-

**Schriftstellerei nur als
Nebentätigkeit**

bücher brachten 7,9 Prozent. Die Vorschüsse – so überhaupt welche gezahlt wurden – schwanken beträchtlich, bei Romanen beispielsweise zwischen 345 und 5000 Euro.

Bei den Lesungen sieht es nicht rosiger aus: Durchschnittlich 8,6 Lesungen pro Person im Jahr ist wenig, wenn man bedenkt, dass viele Kolleginnen und Kollegen hauptsächlich davon leben. Dass von diesen Lesungen nur 2,9 Prozent durch den Senat gefördert wurden, zeigt die Berliner Misere und ist umso bedenklicher, als es

in der Hauptstadt im Gegensatz zum Rest des Landes keinen Bödecker-Kreis gibt, der die Förderaufgabe übernehmen könnte. Dass 23,6 Prozent der Lesungen überhaupt nicht bezahlt wurden, ist schlichtweg ein Skandal.

Da zudem Preise und Stipendien praktisch nicht ins Gewicht fallen, darf es denn auch nicht verwundern, dass sich die Einkünfte aus der schriftstellerischen Tätigkeit bei den meisten Einsendern in Bereichen bewegen, für die heutzutage niemand mehr putzen geht.

Wenn man diejenigen weglässt, die hierzu keine Angaben gemacht haben, so ergibt sich folgendes Bild: Sieben Kolleginnen und Kollegen sind gut im Geschäft und verdienen über 20.000 Euro im Jahr, acht weitere immerhin noch zwischen 10.000 und 20.000. Acht erwirtschaften zwischen 4.000 und 8.500 Euro, achtzehn zwischen 1.000 und 3.000. Fünfundzwanzig verdienen unter 1.000 Euro, davon sieb-

zehn lediglich 400 Euro oder darunter. Im Jahr, wohlgemerkt. Zwölf weitere haben 2006 überhaupt nichts mit ihrer schriftstellerischen Tätigkeit verdient.

Ein großer Teil der Kolleginnen und Kollegen lebt von einem anderen Hauptberuf, von Rente, Hartz IV oder den Einkünften des Partners. Für mehr als 58 Prozent hat sich die Einkommenslage verschlechtert, für gut 32 Prozent ist sie gleich geblieben, lediglich für nicht einmal 10 Prozent hat sie sich verbessert. Folglich geben knapp 80 Prozent der Antwortenden an, nicht von ihren Autoreneinnahmen leben zu können.

Die Auswertung der Umfrage bestätigt die bisherige Einschätzung, dass nämlich die berufliche Situation der Autoren und Autorinnen miserabel ist. Der Vorstand des Berliner VS wird natürlich weiterhin alles versuchen, dass Politik und Medien das Ausmaß des sozialen Abstiegs zur Kenntnis nehmen müssen. Unbegreiflich bleibt allerdings, warum uns darin nicht auch jene lethargischen 80 Prozent der VS-Mitglieder unterstützen, die den Fragebogen nicht ausgefüllt haben, obwohl es doch um ihre eigene Existenz geht.

**Gunnar Kunz,
VS-Vorstandsmitglied**

Unterwegs auf europäischem Parkett

ver.di-Jugend bei der UNI-Konferenz in Moskau: Gegen Rassismus und EU-Reformvertrag

Etwa 150 junge Menschen trafen auf der diesjährigen Jugend-Ausschusstagung von UNI Europa in Moskau zusammen, darunter zehn Delegierte der ver.di-Jugend. Der Gewerkschaftsverband UNI Europa ist eine etwa sieben Millionen Mitglieder zählende Regionalorganisation der Union Network International (UNI), einem weltweiten Verbund von Dienstleistungsgewerkschaften.

Beim Jugendkongress in Moskau standen vom 4. bis 7. Oktober 2007 vor allem die Themen „Diskriminierung und Rassismus“ und „Organizing“ auf der Tagesordnung. Die ver.di-Delegation hatte eine Diskussionsgrundlage zu der Frage „Was hat Standortkonkurrenz mit Rassismus zu tun?“ vorbereitet. Im Zuge globaler, kapitalistischer Wettbewerbslogik diene der Faktor Standortsicherung als Legitimation für materielle und soziale Einschnitte bei den Beschäf-



Mit Fahne auf dem Roten Platz – ver.di-Jugend erkundet Moskau.

tigten. Im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit setzten auch deutsche Gewerkschaften im Zuge der Globalisierung bislang vornehmlich auf nationalstaatliche Strategien. Die ver.di-Jugend forderte stattdessen: „Solidarität statt Stand-

ortlogik!“. Diese Haltung fand Unterstützung. In einer Resolution kritisierten Vertreter von mehr als 40 Gewerkschaften von Moldawien bis Island einstimmig Rassismus als Verbrechen und bekräftigten, jeder Form von Diskri-

minierung entgegenzutreten. Die ver.di-Delegation hatte Anträge zum Europäischen Qualifikationsrahmen und zur Solidarisierung mit den Gewerkschaften in Kuba im Gepäck. Einen Diskussionspunkt bildete der Antrag gegen den EU-Reformvertrag. Die Tagung nahm ihn an.

Drei Kritikpunkte sind besonders zu erwähnen: Der EU-Reformvertrag, der Substantielles aus der gescheiterten EU-Verfassung im neuen Gewand präsentiert, ist schlichtweg unsozial. Mit seinen Bestimmungen werden die sozialen und gewerkschaftlichen Rechte in der EU-Grundrechtecharta ausgehöhlt und ihre Wirksamkeit beschnitten. Klar abzulehnen sind auch die dort festgeschriebenen Europäischen Militärinterventionen, die EU-Armee und die Ausrüstungsverpflichtung der Mitgliedstaaten.

Martina Hartung, Arne Brix

Erworbenes Wissen weitergeben

Das Senior/innenprojekt „Silberstreif“ informiert Schüler über Arbeitnehmerrechte

Der „Silberstreif am Horizont“ verheißt Hoffnung nach längerer Durststrecke. Und „Silberstreifen“ im Haar deuten an, dass der dazugehörige Mensch nicht mehr der Allerjüngste ist. Beide Aspekte finden sich auch in der gleichnamigen ver.di-Gruppe „Silberstreif“ wieder. 2003 als Senior/innenprojekt im Landesbezirk Berlin-Brandenburg gegründet, engagieren sich mittlerweile an die vierzig Männer und Frauen in verschiedenen Projektgruppen.

Besonders rühmlich ist das Teilprojekt Schule. „Die Grundidee ist, dass erfahrene ehemalige Betriebs- und Personalräte in allgemein- und berufsbildende Schulen gehen, um dort über die Arbeit der Interessenvertretungen, über Mitbestimmung und Tarifrecht zu informieren“, erzählt Heinz Lubosch. Früher Mitarbeiter, dann langjährig freigestelltes Betriebsratsmitglied bei der Stiftung Warrentest, war er der „Spiritus rector“ des Schulprojektes. „Wissen und Erfahrungen aus einem wichtigen Bereich der Arbeitswelt direkt an die Schüler herantragen, das schien uns ein guter Ansatz zu sein“, erklärt Mitsreiterin Karola Rißland, die früher bei der Post Arbeitnehmervertreterin und Betriebsgruppenvorsitzende war.

Wie es der Zufall wollte, hatte kurz nach der „Silberstreif“-Gründung die gewerkschaftliche Bildungsgemeinschaft „Arbeit und



Erfahrungen am Pult – hier im OSZ in Werder.

Leben“ das Projekt „Motivation und Qualifikation von älteren Erwachsenen für das bürgerschaftliche Engagement“, kurz: MoQua, gestartet. Gefördert wurde das Programm vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Heinz Lubosch: „Mit der Vorgabe, dass die geförderten Projekte gemeinwesenorientiert seien und einen Gewerkschaftsbezug haben sollten, passte Silberstreif gut ins Profil.“ Die bestehenden Projekte „Mentoring für Betriebs- und Personalräte“, „Internetauftritt der ver.di-Senior/innen“ sowie „Rentenberatung“ wurden fortgesetzt. Mit dem Rückenwind des MoQua-Programms wurde nun aber auch noch zusätzlich das Teilprojekt Schule in die Praxis umge-

setzt, an dem etwa zwölf „Silberstreif“-Referenten mitarbeiten und inzwischen neun Themenschwerpunkte anbieten. „Das Interesse ist gleichbleibend hoch.“ Das gelte auch in „Problembezirken“, wo viele Schüler aus Migrantenfamilien kommen, resümiert Karola Rißland. „Sicher passiert es, dass wir mit Fragen provoziert werden, aber da wir vorbereitet sind und Antworten geben können, verlaufen unsere Unterrichtseinheiten ausgesprochen konstruktiv“, stellt Heinz Lubosch fest.

Zwar ist Ende 2006 das MoQua-Programm und damit auch die Förderung ausgelaufen, die ver.di-Leute in Berlin und Brandenburg setzen aber ihre Arbeit fort. Anfragen aus allgemein-

berufsbildenden Schulen gibt es reichlich. Die jeweils 90-minütigen Einheiten reichen kaum, um den Wissensdurst der jungen Leute zu Mitbestimmung, Tarifverträgen oder Kündigungsschutz zu stillen. Heinz Lubosch: „Mittlerweile haben wir Material zusammengestellt, so dass die Schülerinnen und Schüler etwas zum Nachschlagen haben. Mit den Lehrern gibt es zudem jeweils Vor- und Nachbesprechungen.“

Angesichts der konstant hohen Nachfrage aus den Schulen wird bei den ver.di-Senior/innen die Personaldecke ein wenig dünn. Aus dem Fachbereich Medien, Kunst und Industrie gibt es außer Lubosch ein einziges Silberstreif-Mitglied, den früheren Tagesspiegel-Geschäftsstellenleiter und freigestellten Betriebsratsvorsitzenden Christian-Ulrich Behring. „Es wäre sehr gut, wenn sich auch aus unseren Fachgruppen Senior/innen für die Mitarbeit bei Silberstreif entscheiden würden.“ Das Schulprojekt könnte beispielsweise ausgedehnt werden und Oberstufenzentren für Medienkaufleute mit ins Programm nehmen, auch andere Projekte seien denkbar. „Entscheidend ist es, sich zu engagieren. Und gerade die gemeinsame Arbeit von Älteren und Jüngeren, die Weitergabe von Erfahrungswissen ist eine sehr sinnvolle Aufgabe.“ **Gudrun Giese**

Kontakt: Tel. 030/88 66 54 05

ÜBERWÄLTIGENDES VOTUM FÜR EIN SOZIALTICKET IN BRANDENBURG

Anfang Oktober sind von der „Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg“ 32.400 Unterschriften an den Präsidenten des Brandenburger Landtages Gunter Fritsch (re.) übergeben worden. Fritsch beglückwünschte die Initiatorinnen und Initiatoren zu „ihrem Fleißergebnis“. Die meisten Unterschriften wurden durch die Landesverbände der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, der Partei DIE LINKE, der Volkssolidarität sowie des Arbeitslosenverbandes gesammelt. Wenn mindestens 20.000 Stimmen den formalen Anforderungen genügen, ist damit die erste Stufe in der Brandenburger Volksgesetzgebung erreicht worden. Der Hauptausschuss des Brandenburger Landtages könnte dieses Thema im November auf die Tagesordnung setzen. „Die Regierungskoalition aus SPD und CDU sollte das Votum der Brandenburgerinnen und Brandenburger berücksichtigen und im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg Chancengleichheit herstellen“, meint Carsten Zinn, Mitinitiator für ver.di (3. v. links).

Von der Einführung eines Sozialtickets im Land Brandenburg könnten etwa 200.000 bis 300.000 Anspruchsberechtigte profitieren.



Foto: K.-H. Zeihe

Der Versammlungsraum im Gebäude des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg war bis auf den letzten Platz besetzt. 80 Personen dürften es wohl gewesen sein. Allesamt im betagten Alter. Senioren eben. Das dürfte in diesem Gemäuer so oft nicht vorkommen, es sei denn, die ver.di Betriebs seniorengruppe Rundfunk Nalepastraße hat zur Mitgliederversammlung aufgerufen. Es kommen dann zwar nicht immer 80 oder mehr zusammen, denn das Gehen fällt in diesem Alter eben nicht mehr so leicht. Aber an jenem 21. September 2007 hatte man Grund, seine Kräfte zu mobilisieren. Ein aus DDR-Rundfunkjahren bekannter und geschätzter Kollege hatte sein Kommen zugesagt, um über sein Buch zu sprechen „Gott sei Dank – Schluss mit der Schwatzgesellschaft“.

Heinz Florian Oertel hatte unter diesem Titel zur Feder gegriffen, gewissermaßen als fiktiven Dialog mit dem ZDF-Journalisten und Theologen Peter Hahne. (Sprachrohr berichtete). Nur fiktiv deshalb, weil jener über das von ihm in Druck-

Mit alten Werten ist
es schwerer

form angefertigtes Werk „Schluss mit lustig“ – zurück zu Gott und zu den alten Werten – mit Oertel nicht reden wollte und bis heute nicht will. Nach einiger verkehrsbedingter Verspätung bei den Versammelten angekommen, sprudelte es um so mehr feuerwerkartig aus H.F.Oe's Lippen hervor: Es sei tatsächlich zu viel Spaß (ursprünglich englisch, jetzt neudeutsch ‚Fun‘) und Oberflächlichkeit in unserer Gesellschaft. Und wer zurück zu Gott wolle, habe das Recht zu gehen. Über diesen Punkt hätte man sich durchaus

schnell mit Hahne einigen können. Mit den alten Werten sei es dagegen schwieriger, weil Hahne diese nämlich nicht benenne. Er, Oertel, gebürtiger Cottbuser, sehe sich seiner preußischen Herkunft verpflichtet und dem vom ‚Alter Fritz‘ genannten Preußenkönig benannten Wert: Jeder möge nach seiner Fassung selig werden, oder eben auch

Werten wie: nicht zu betrügen, zu bestechen, zu veruntreuen, zu lügen... Bei Hahne komme keiner dieser Werte vor, die doch keineswegs alt, hingegen sehr aktuell seien. Stattdessen nur das ‚Zurück zu Gott‘. Und außerdem reiche es nicht aus, über alte Werte zu reden. Sie vorzuleben sei von der älteren Generation zu fordern – je höher die

Bildung, die Ämter und die erworbenen Würden, desto mehr! Hahne lehne ein direktes Gespräch nach wie vor ab, habe ebenso dem Eulenspiegel Verlag und sogar der Frankfurter Buchmesse Absagen erteilt. ‚Schlaglöcher auf der Straße zur deutschen Einheit‘ nennt Oertel das in seiner ‚fiktiven Antwort‘ an den Kirchenmann Peter Hahne.

ÜBER GOTT, ALTE WERTE UND AKTIVE SENIORS



Peter Schrott (63), Vorsitzender des ehrenamtlichen Landesbezirksfachbereichsvorstandes der Seniorinnen und Senioren und ehemaliger Schriftsetzer zur Aktivierung der Seniorenarbeit im Fachbereich 8.

Kollege Schrott, wie ist es um die gewerkschaftliche Seniorenarbeit in Berlin-Brandenburg bestellt?

Peter Schrott: Sie hat sich ganz gut entwickelt, war sie doch so von der Struktur her gar nicht vorgesehen. Zwar bevorzugt die ver.di

Satzung die Seniorenarbeit in den örtlichen Ebenen, aber wir sehen zu unserer Arbeit im Fachbereich keinen Widerspruch. Wir sind vernetzt. Denn unsere Kolleginnen und Kollegen spiegeln auch einen Querschnitt vor Ort wieder. Insofern sind wir nicht einäugig. Und es herrscht eine gewisse Arbeitsteilung. Kulturelle Aktivitäten beispielsweise werden vor Ort organisiert. Koordiniert wird alles über die hauptamtlichen Betreuungssekretäre – ein jährliches bundesweites Multiplikatorenseminar des Fachbereichs

WIR SIND NICHT E

ches 8 hilft dabei. Wir konzentrieren uns auf die politischen Themen. Fünfmal im Jahr gibt es auf unseren gewerkschaftsöffentlichen Mitgliederversammlungen – zu denen Interessierte herzlich eingeladen sind – regen Gedankenaustausch.

Welche Probleme bewegen Euch?

Schrott: Das, was alle Ältere umtreibt: Altersarmut, Rente mit 67,

Nullrunden, Rentenabschläge und zusätzliche Belastungen durch Pflegeversicherung und Gesundheitsreform, Hartz IV Empfänger und Erwerbslose, die keine Altersrücklagen bilden können, aber auch Themen wie der Kampf gegen die rechte Gefahr... Wir informieren dazu über regelmäßige E-Mails, organisieren Infoveranstaltungen mit Experten, tragen unsere Meinungen

WERTE REN

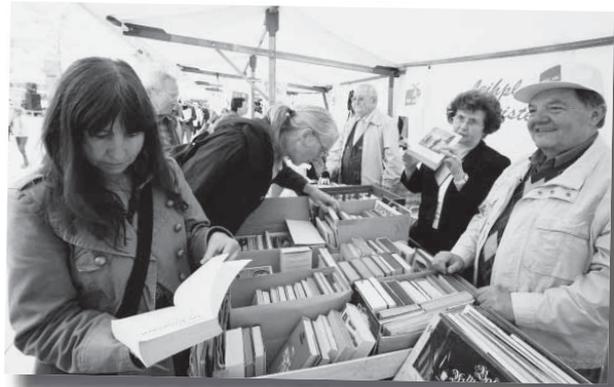


Fotos: transit/C. v. Polentz

einer Stunde auf die andere über sie gekommenen bundesdeutschen Sozialsysteme, seien es Arbeitslosen- oder Rentenversicherung. Der Bedarf, sich gegenseitig beraten und moralisch unterstützen zu können, war groß. Die in jahrzehntelanger gemeinsamer Arbeit gewachsene Zusammengehörigkeit hatte sich jetzt zu bewähren und tut es bis heute. Zunächst unter dem Dach der IG Medien entwickelte sich die jetzige ver.di-Betriebsseniorengruppe Rundfunk Nalepastraße. Auch wenn der natürliche Ablauf des Lebens schon einige Lücken in die Reihen der ursprünglich über 300 Mitglieder gerissen hat und gar mancher aus gesundheitlichen Gründen dem Gruppenleben fern bleiben muss, tut dies der Vielseitigkeit der Veranstaltungen und der Herausgabe der eigenen Zeitung „Senioren-echo“ keinen Abbruch. Keine Beschränkung auf sogenannte „Alte-Leute-Themen“ war von vornherein die Maxime, obwohl es auch hier naturgemäß einen gewissen Bedarf gibt. Patientenverfügung zum Beispiel oder Gesundheitsreform sind allerdings nicht nur für Alte wichtig. Darüber hinaus Miet- und Nebenkostenfragen und schließlich Themen der Innen- und Außenpolitik. Für saure Stunden aber sollte Seniorenarbeit niemand halten, schon gar nicht, wenn es um die Mitwirkung am alljährlichen Solidaritätsbasar der Berliner Journalistinnen und Journalisten geht. Auch auf diese Weise fühlt man sich dem aktiven Leben verbunden. Die frohen Feste gehören außerdem zum Programm. Es wird gemeinsam gefeiert, Sehenswertes besichtigt und es wird seit Jahren gemeinsam gereist, quer durch die Republik und über ihre Grenzen hinaus.

bleibt nur noch zu sagen: Gewerkschaftliche Tradition: ja, nicht mehr, aber auch kein bisschen weniger... **Bernhard Kellner**

Interessant sind an dieser Stelle ein paar Worte zu dem Hörerkreis dieses Nachmittags. Der DDR-Rundfunk existiert seit nunmehr fast 16 Jahren nicht mehr, ist, wie vieles andere zwischen Ostseeküste und Erzgebirge, ‚abgewickelt‘. Die Beschäftigten standen vor dem Nichts – und das auch noch unerfahren mit den Regeln der praktisch von



Aktivposten auf dem Berliner Solibasar: Die ver.di Seniorinnen und Senioren sind in jedem Jahr als Standbetreuer dabei.

AHA! SO LÄUFT DAS

Seniorinnen und Senioren sind in jeder ver.di-Ebene vertreten. Sie arbeiten in den Ortssenioreninnengruppen – in Berlin in jedem Bezirk. Dort und in den Fachbereichen ohne eigene Gruppen werden Abgesandte in den Bezirkssenioreninnenausschuss delegiert. Dieser entsendet aus seiner Mitte die Mitglieder für den Landesbezirkssenioreninnenausschuss und von da wiederum in den Bundessenioreninnenausschuss.

Die „Ebenensenioren“ im Bezirk und Landesbezirk werden seit Februar 2007 vom hauptamtlichen Sekretär Claus Lock betreut. Auf Bundesebene ist für die Betreuung hauptamtlich Karl-Heinz Kindsvogel zuständig. Über diese Strukturen laufen u. a. die Angebote für kulturelle Aktivitäten oder Reisen für Senioren.

Die fachliche und politische Seniorenarbeit wird vor allem über die Fachbereiche geleistet. Im Landesbezirk Berlin-Brandenburg arbeiten

dabei die Seniorinnen und Senioren aus den Bezirken Cottbus und Berlin zusammen. In Berlin gibt es als Besonderheit zusätzlich die ADN-SeniorenInnen, die Seniorinnengruppe Funkhaus, den Eisler-Kreis und die Alte-Barden-Runde.

Im Fachbereich 8 treffen sich – gewerkschaftsöffentlich – die Seniorinnen und Senioren zu regelmäßigen, meist thematisch angelegten Mitgliederversammlungen. Die nächsten Termine sind der 19.11. 2007 und 2008 am 28.1., 21.4., 16.6., 15.9. und 17.11. – immer um 11 Uhr im Raum 4.12. des Gewerkschaftshauses in der Köpenicker Str.30, 10179 Berlin. Auch der Landesbezirkfachbereichsvorstand tagt als ehrenamtliches gewähltes Gremium regelmäßig und öffentlich. Hier sind die Termine 2008 am 14.1., 7.4., 2.6., 1.9. und 3.11. Für die Betreuung der „Fachbereichsseniorinnen“ ist hauptamtlich Landesbezirkfachbereichsleiter Andreas Köhn verantwortlich. **B.E.**

INÄUGIG

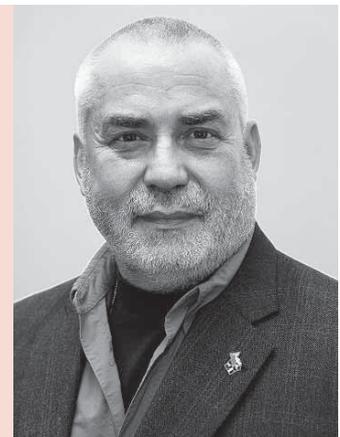
zusammen, erarbeiten Positionen und Forderungen, die an die Bundsgremien weitergeleitet werden. Auch zum ver.di Bundeskongress Anfang Oktober in Leipzig haben die Delegierten unserer Fachbereichsseniorinnen und -senioren solche Themen eingebracht. ver.di macht ja zur Renten- und Sozialpolitik der Bundesregierung eigene Vorschläge und hält dagegen.

Wie gewinnt Ihr Mitstreiterinnen und Mitstreiter? Verabschieden sich doch viele nach Ende ihres Berufslebens auch von der Gewerkschaft...

Schrott: Das ist in der Tat ein großes Defizit, geht so doch wertvolles Wissen und Engagement verloren. Viele wollen erstmal reisen, kulturell Versäumtes nachholen, für die Enkel da sein... Das ist verständlich. Zur Gewerkschaft finden sie nicht zurück, wenn sie nicht angesprochen werden. Wir haben gerade Seniorinnen und Senioren aus dem Rundfunk- und Fernsehbereich zu ei-

nem Informationsfrühstück eingeladen. Das ist ein Anfang. Wir möchten sie für die Seniorenarbeit der Gewerkschaft interessieren und wollen gemeinsam Forderungen nach ermäßigten Kultur-Entrittspreisen aufmachen. Künftig werden wir zu Betriebs- und Personalräten Kontakt aufnehmen. Sie sollen uns vorab signalisieren, wer von unseren Mitgliedern wann in Rente geht. Dann können wir sie beim Übergang begleiten. Und sie gehen ver.di nicht verloren. Ihre Erfahrungen werden gebraucht.

Gespräch: Bettina Erdmann



Nur bescheidener Erfolg

Gehaltstarifvertrag für den RBB endlich unter Dach und Fach



Das Ergebnis ist nicht berauschend, gleicht aber Unterschiede zwischen ehemaligen SFB- und ORB-Beschäftigten aus. Gerd Nies, Jurist und ehemaliges ver.di-Bundesvorstandsmitglied, führte die Verhandlungen für die Beschäftigten.

Wie sind die Tarifverhandlungen verlaufen?

Die Situation beim RBB war komplex, es ging nicht nur um den Gehaltsabschluss. Immer noch galten für den Ex-ORB und den Ex-SFB verschiedene Regelungen – vor allem beim Manteltarif. Die Gehaltsstrukturen konnten wir bereits vor drei Jahren anpassen, die niedrigeren ORB-Gehälter wurden auf SFB-Niveau angehoben. Das hat jedoch einen Preis gekostet: Die Vergütungssteigerung war geringer als bei den anderen Anstalten; außerdem mussten wir uns auf eine recht lange Laufzeit einlassen.

Diesmal war der Spielraum für Gehaltstarifverhandlungen in der ARD insgesamt schmal, überall wurden Laufzeiten über die vollständige Gebührenperiode vereinbart. Zusätzlich schwierig beim RBB war, dass der Sender über Vergütungserhöhungen nicht getrennt verhandeln wollte. Er wollte Regelungen des ORB-Mantels – insbesondere zur Arbeitszeit – für



Chefverhandler Gerd Nies.

den ganzen RBB übernehmen. Das würde von den Mitarbeitern noch mehr Flexibilität verlangen, ganz abgesehen von einer längeren Wochenarbeitszeit. Erstmal ging es also darum, dem Sender klarzumachen, dass wir nicht über den Mantel reden würden, bevor eine Gehaltserhöhung vereinbart wäre.

Welche Ergebnisse gibt es?

In einem komplizierten Tarifwerk haben wir eine sehr bescheidene Tarifierhöhung von 1,5 Prozent über eine Laufzeit von 33 Monaten vereinbart. Außerdem beträgt das Urlaubsgeld nun einheitlich 500 Euro. Für die Beschäftigten in Berlin bedeutet dies eine Absenkung, für die Potsdamer hingegen eine schöne Anhebung. Um die Differenz auszugleichen, haben wir einen Ausgleichsbetrag ausge-

handelt: Monatlich wird ein Zuschlag in Höhe von 17 bzw. 26 Euro gezahlt, der sich aus der Differenz des früheren zum neuen Urlaubsgeld in Berlin errechnet. Auf ein Jahr gesehen gleicht er für die Berliner die Absenkung bis auf einen Restbetrag von 50 Euro aus. Während sich daraus insgesamt für die Berliner tatsächlich aber nur eine Gehaltserhöhung von knapp 1,5 Prozent ergibt, können sich die Beschäftigten in Potsdam über bis zu vier Prozent mehr Gehalt freuen.

Das Resultat drückt ein Stück Solidarität der Berliner mit den Potsdamern aus, sie haben die Angleichung als vorrangiges Ziel anerkannt. Allerdings hatte auch der Sender erhebliches Interesse an einer Vereinheitlichung. Sie ist auch Voraussetzung dafür, dass sich eine gemeinsame gewerk-

schaftliche Politik weiterentwickeln kann – ohne Konkurrenz zwischen den Standorten.

Akzeptieren die Berliner Beschäftigten das ungünstigere Ergebnis?

Nachvollziehbare Ansätze von Unzufriedenheit gab es. Die Leute fragten, warum sie für die Bringschuld des RBB, einheitliche Verhältnisse zu schaffen, den Preis zahlen sollen. Eine Erhöhung von 1,5 Prozent über einen Zeitraum von fast drei Jahren ist wirklich mager und gleicht die Preissteigerungsraten nicht aus. Aber ich habe den Eindruck, dass die Kollegen den Abschluss akzeptieren, wenn man ihnen den Hintergrund erklärt.

Ab wann und wie lange gilt der neue Vertrag?

Der Tarifvertrag gilt ab 1. Januar 2008 und läuft bis zum 30. September 2009. Die Laufzeit von 33 Monaten ergibt sich rückgerechnet aus dem Auslaufen des letzten Gehaltstarifvertrages.

Was sind die nächsten Schritte?

Der Weg für die Verhandlungen zum einheitlichen Manteltarifvertrag ist nun frei. Beide Seiten wollen bald Ergebnisse erzielen. Im Mittelpunkt steht für uns die Arbeitszeit: Wir setzen uns nicht nur für einheitliche 38,5 Stunden ein, sondern vor allen Dingen für eine menschenwürdige Organisation der Arbeit, die arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung trägt. Die Auffassungen des RBB und der Gewerkschaften sind da sehr unterschiedlich. Wenn der Sender will, dass sich die Regelungen nur an den betrieblichen Erfordernissen des RBB orientieren, werden wir dagegen halten. Planbare Freizeit muss Bestand haben! **ucb**

Dell'Era Stiftung hilft Tänzerinnen

Weiterbildung, Existenzgründung oder Genesung können unterstützt werden

Die Dell'Era Gedächtnis-Stiftung wurde 2005 unter dem Dach der Stiftung Oper in Berlin ins Leben gerufen. Sie geht auf die letztwillige Verfügung der 1941 verstorbenen Königinlichen Hof tänzerin Antonietta Marsop, geb. Dell'Era zurück, die eine beträchtliche Summe mit der Zweckbestimmung hinterließ, Tänzerinnen der Berliner Staatstheater zu unterstützen. Zuwen-

dungen sollen die Aus- und Weiterbildung solcher Künstlerinnen ermöglichen, eine Existenzgründung fördern oder Maßnahmen zur Genesung unterstützen. Dazu können Tänzerinnen, die in den Ballettensembles der staatlichen Bühnen Berlins tätig waren, Anträge an die Stiftung stellen. Über die Verwendung der Mittel entscheidet ein dreiköpfiges Kuratorium,

dem neben Staatsballett-Intendant Wladimir Malakow und Geschäftsführer Georg Vierthaler auch Sabine Schöneburg angehört. Die ver.di-Sekretärin sieht die Stiftung als „große Chance“: „Wir können damit aktiven und ehemaligen Tänzerinnen wirklich helfen. Zwar bietet sich nicht eine solche umfassende soziale Absicherung, wie sie bis 1990 mit der sogenannten

„Tänzerrente“ in der DDR existierte, die alle erhielten, die 15 Jahre lang den Beruf ausgeübt und das 35. Lebensjahr erreicht hatten. Die Möglichkeiten der Stiftung sind zweckgebunden und der nutzungsberechtigte Personenkreis ist sehr eingeschränkt. Trotzdem ein Schritt in die richtige Richtung.“

(www.staatsballett-berlin.de/info_dellera.php)



Lecksuche über Umwege

Medientreff zu Geheimnisverrat und Zeugnisverweigerungsrecht



Der Medientreff der dju und Medienschaffenden an jedem zweiten Dienstag im Restaurant Cum Laude in Berlin-Mitte hatte Mitte September mit Geheimnisverrat ein höchstbrisantes Thema. „Zeugnisverweigerungsrecht – ein zahlloser Papiertiger?“ passte zu den wiederkehrenden Versuchen staatlicher Angriffe auf die Pressefreiheit und den Datenschutz (siehe auch Seite 1 Sprachrohr). Ausgehend von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen 17 Journalisten verschiedener Zeitungen und Magazine wegen „Beihilfe zum Geheimnisverrat“ im Zusammenhang mit der Berichterstattung über den BND Untersuchungsausschuss setzte sich Wulf Beileites, freier Autor und dju-Bundesvorstandsmitglied, mit den Konsequenzen des §53 Strafprozessordnung und notwendiger Reformierung auseinander. Anfang November erscheint seine aktuelle Broschüre zum Zeugnisverwei-

gerungsrecht in der Reihe Journalismus konkret. Medienschaffende haben Zeugnisverweigerungsrecht, ihre Arbeitsräume – auch die von Freien zu Hause – dürfen nicht durchsucht, ihr – auch selbstrecherchiertes – Material nicht beschlagnahmt, Zufallsfunde nicht verwertet werden. Trotz eindeutiger Rechtsprechung des BGH hat Beileites seit Mitte der neunziger Jahre 268 Fälle recherchiert, bei denen die Ermittlungsbehörden dem zuwiderhandelten. Über den Umweg der Journalisten versuche die Staatsgewalt ein Leck zu finden, denn letztlich gehe es darum herauszufinden, wer den Medien ein als geheim eingestuftes Material zugespielt habe. Obwohl noch nie ein Journalist wegen Geheimnisverrats verurteilt wurde, zeigten die erneuten Fälle, wie dringlich ein umfangreicher gesetzlicher Schutz von Redaktionen, Journalisten und ihren Informanten ist. Nachdrücklich spricht sich ver.di u.a. dafür aus, Journalisten generell aus der Vorschrift des §353b Strafgesetzbuch auszunehmen, die Beihilfe zum Geheimnisverrat unter Strafe stellt.

Zu Gesetzesinitiative der Bundesregierung und der Anhörung

vorm Rechtsausschuss des Bundestages Ende September lag eine gemeinsame Stellungnahme von dju, DJV, Zeitschriftenverlagen, ARD, ZDF, der Vereinigung privater Rundfunk- und Telekommunikation und des Deutschen Presserates vor. Alle sind sich einig, dass eine Neufassung des §53 notwendig ist und die Beihilfe zum Geheimnisverrat abgeschafft gehört.

Doch während der Anhörung – so Beileites – zeichnete sich ab, dass die Bundesregierung wohl nicht auf diese Einwände eingehen wird. Die dju erteilt Journalistinnen und Journalisten Tipps für den Ernstfall – nachzulesen auf der Internetseite www.dju-berlinbb.de. Wenn der Staatsanwalt klingelt, einen Rechtsanwalt informieren, der Durchsuchung widersprechen und auf einem vollständigen Protokoll und der Liste aller beschlagnahmten Dokumente bestehen. Man kann verlangen, dass die Seiten mit einem dokumentensicheren Stift durchnummeriert werden. Wurde widersprochen, müssen die Unterlagen versiegelt werden und dürfen nicht vor einer richterlichen Entscheidung verwendet werden. **B. Erdmann**

Die Spannung vor dem Auftritt

Fachgruppen-Vize Monika Ehrhard-Lakomy wurde wirklich 60

Man muß Monika auf der Bühne erleben, das heißt, dabei sein, wenn sich der Vorstand im ver.di-Hauptquartier versammelt. Selbstverständlich kommt sie spät, weil das die Spannung vor ihrem Auftritt steigert. Aber dann. Die Tür geht auf, und in uns tönen die drei Erzengel aus Goethes Faust-Protlog: „Der Anblick gibt den Engeln Stärke, / Da keiner dich ergründen mag, / Und alle deine hohen Werke, / Sind herrlich wie am ersten Tag.“

Monika gibt uns die Kraft, heiter unsere Pflicht zu tun und unsere Projekte allen Widrigkeiten zum Trotz zu Ende zu bringen. Gleich der Sonne scheint ihre Energie unerschöpflich, und unermüdlich arbeitet sie daran, Politi-



Jubilarin mit heiterer Kraft.

kern und ähnlichen verdunkelten Geistern zur Erleuchtung zu verhelfen, zum Beispiel der, dass man

gut beraten wäre, wenigstens 0,1 Prozent der Opern-Millionen dem Berliner VS zugute kommen zu lassen.

Und das mit den hohen Werken hat auch seinen Sinn, denn Monika Ehrhard-Lakomy steht für den Traumzauberbaum und andere von Jung und Alt geliebte Liedertexte. Andauernd reist sie im Lande umher, um Schulen nach ihm zu benennen oder ihre Stücke neu zu inszenieren. Kommt sie zurück, ist sie dennoch zu unerschöpft, uns jene zehn Seiten vorzulesen und ausführlich zu erläutern, die sie beim Gespräch mit dem kulturpolitischen Sprecher der XYZ-Partei mitgeschrieben hat.

Und das mit dem Unergründlichen, nun ja, vielleicht träumt sie

VS-LESEREIHE

Fast vergessene Schriftstellerinnen und Schriftsteller

Der Vorstand beabsichtigt, die o.g. Veranstaltungsreihe im Literaturhaus Berlin 2008 fortzusetzen und bittet alle, die Interesse haben, einen Abend zu gestalten, das der Geschäftsstelle bis Jahresende mitzuteilen (Vorschläge siehe Terminseite).

VS-Lesemarathon 2008

Der Lesemarathon 2008 wird in der Woche vom 31.3. bis 4.4.2008 zu folgenden Themen stattfinden.

•Geister, Gespenster, Erscheinungen

•Herzblut – Geschichten von Liebe und Leidenschaft von Engagement und Mitgefühl)

•Früher oder später wird jeder mal zum Täter – Geschichten über kriminelle Aktivitäten aller Art gestern und heute

•So ein Theater – Wie konnte das passieren? Die Bühne des Lebens zu beleuchten – verrückt und kaum zu glauben.

Bitte meldet euch bis 31. Dezember, wenn ihr Texte zu der einen oder anderen Schublade habt und lesen wollt.

NEUERSCHEINUNGEN

Rubrik Neuerscheinungen von VS-Mitgliedern

Jutta Rosenkranz (Hrsg.) „Letzte Gedichte. Von Walter von der Vogelweide bis Wolfgang Hilbig. Dichter der Welt neben Abschied vom Leben“ (Lyrik-Antologie) Manesse, München 2007

Juliane Beer „Eines nachts habe ich einen Ausflug gemacht“ Verlag zeter und mordio 2007

Paul M. Waschkau „Exit.49“ Roman, Kato Verlag Berlin/Leipzig 2007

ja doch davon, als Kulturstaatssekretärin einmal all das durchsetzen zu können, was ihr so vorschwebt.

Ohne dass Lucky – Reinhard Lakomy, ihr Mann – uns nun mit dem Eifersuchtsdolche auflauern müßte, bekennen wir hiermit: Moni, wir schätzen Dich, wir lieben Dich, und wir gratulieren Dir herzlich zu einem Geburtstag, den Du, sieht man Dich an, unmöglich haben kannst. **Horst Bosetzky**

Was können wir tun?

Kontroverse Debatte zu Medienmacht beim Berliner VS



Der Vorsitzende, Horst Bosetzky, eröffnete die Zusammenkunft mit kurzen Schlägen an sein mit Wasser gefülltes Glas und begrüßte mit gewohnt freundlicher Ruhe die Anwesenden.

Nach einführenden Worten in das Thema „Macht der Medien“ begann der Journalist und Herausgeber der Zweiwochenzeitschrift „Ossietzky“ Eckart Spoo mit seinem Vortrag. Er schildert autobiographische Arbeitserfahrungen in der Bundesrepublik alt und nachdem die zusammengestürzte DDR in das System eingegliedert wurde. Er beklagt die Auflösung und Übernahme aller Medien des Ostens durch die mächtigen Konzerne, nicht nur in Deutschland, auch in Teilen Ost-Europas. Die Macht der Medien zeigt sich deutlich in Kriegszeiten, als Beispiele führt er an: Kosovo, Irak, Afghanistan. Er vermisst die Angabe von Opferzahlen, die durch den Einsatz deut-



Foto: transit/C. v. Polentz

Uneindeutig: Lust oder Unlust an subjektiver Macht?

scher Soldaten entstanden sind. Für die Opfer interessieren sich die deutschen Medien nicht. Das Recht auf Information ist in der Verfassung festgeschrieben. Er erinnert an den Beginn des zweiten Weltkrieges. Die These von Eckart Spoo: Wenn die Bürger über die Tatsachen eines Krieges unterrichtet würden, gäbe es keine Kriege. Er zitiert Tucholsky: „Die Zensur ist in Deutsch-

land tot, aber man merkt nichts davon.“ Keine Demokratie ohne die Demokratisierung der Medien.

Die Diskussion im Anschluss wurde durch Bernd Ulbrich in emotionale Bahnen gelenkt. Er habe das Gefühl, er befinde sich in einem Parteilehrjahr, einer politischen Schulung in der DDR. Er fühle sich heute gut informiert. Ein Lachen geht durch den Saal, ihm wird Ar-

roganz vorgeworfen. Axel Reitel stellt sich an die Seite von Ulbrich und fragt bei Herrn Spoo nach: Die Macht von Diktatur über die Medien hätte auch zu dem Vortrag gehört. Wer die Vorgaben der diktatorischen Machthaber nicht einhielt, dem wurde der öffentliche Raum verwehrt. Schlimmstenfalls kam er hinter Schloss und Riegel. Das heutige Regierungssystem beruht auf einer demokratischen Verfassung. Für die Einforderung ist der Bürger zuständig. Freiheit muss immer erkämpft werden, jeden Tag und in jedem Arbeitsbereich. Die unübersichtliche Machtstruktur innerhalb der Marktwirtschaft verlangt mehr Eigenverantwortung. Der Einzelne hätte die Chance. Wahrnehmen, Wissen erwerben. Einen neuen Weg suchen. Wo ist die Alternative zur Macht des Kapitals? In China? In Kuba? Die lebhafteste Diskussion endet mit der Frage von Monika Ehrhardt: Was können wir tun? Wie wäre es mit der Organisation eines Generalstreiks aller Medienmitarbeiter, nicht für mehr Geld, sondern für gründlichere Kontrolle der Machenschaften des Kapitals? Die Lust an subjektiver Macht ist leider größer als das subjektive Bedürfnis nach Gerechtigkeit und Freiheit. Von 500 Mitgliedern des VS Berlin waren neben den Kollegen des Vorstandes 20 anwesend. **Katharina Rothärmel**

Ich kannte diesen hageren, hoch aufgeschossenen Mann mit der gutturalen Stimme seit 42 Jahren. 1962 war ich nach „Westberlin“ oder auch „Berlin-West“ gekommen und lernte die kulturelle Szene dieses Teils der gepeinigten Stadt und die Westberliner Bohème in Kreuzberg kennen. Irgendwo dazwischen bewegte er sich, gleichzeitig Pendler zwischen dem West- und Ostteil der Stadt. Er schrieb Theater- und Kunstkritiken über das, was im „Osten“ passierte: für die Westberliner im „Spandauer Volksblatt“ und „Abend“, für die Bundesrepublikaner u.a. in der „Süddeutschen Zeitung“ und der „Frankfurter Rundschau“, für die Schweizer im „Tages-Anzeiger“ Zürich.

Beckelmann war ein kritischer Beobachter der bildenden Kunstszene. Ihn interessierte besonders die Strömung des Realismus in beiden Teilen des Landes nach 1945, dessen kritische Potenz seit Courbet er schätzte und den er

Ein einsamer Rufer

nicht mit dem die gesellschaftlichen Verhältnisse schönfärbenden Sozialistischen Realismus gleichsetzte. Er war kein Gegner der abstrakten Kunst, aber er vermerkte, dass die politischen Verhältnisse in Deutschland die Kunstströmungen auf beiden Seiten eklatant verzerrten. Wer im Westen realistisch malte oder bildhauerte, wurde unter Kommunismusverdacht gestellt, und wer im Osten abstrakte Kunst zu entwickeln versuchte, wurde zum Dekorateur herab- und unter Kapitalismusverdacht gesetzt. So neurotisch war die Lage nach der Entwicklung des Ost-Westgegensatzes. Dagegen schrieb Jürgen Beckelmann an und forderte die Gleichberechtigung beider Kunstströmungen, auch, was deren Förderung betraf. Er blieb gegenüber beiden Seiten ein einsamer Rufer in der

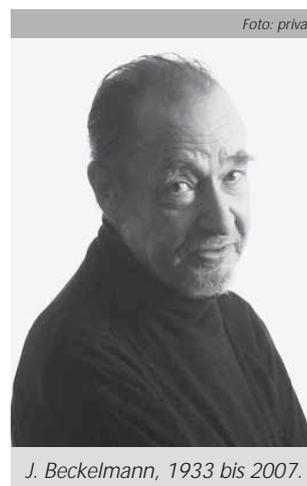


Foto: privat

J. Beckelmann, 1933 bis 2007.

Wüste. In „Westberlin“ war er Gegenspieler zu Heinz Ohff, der im Tagesspiegel Jahrzehnte lang einseitig die abstrakte Kunst förder-

te und sich höchstens Seitenblicke auf den Realismus erlaubte. Erst die Studentenbewegung 1967/68 verursachte eine bessere Bewertung des Realismus, der in seiner Existenzberechtigung für andere Länder nach 1945 kein Problem war. – Jürgen Beckelmann war gleichzeitig Schriftsteller. Charakteristisch für ihn sind die zum Teil autobiografischen Romane „Der goldene Sturm“ und „Lachender Abschied“ und als Lyriker „Drohbriefe eines Sanftmütigen“. Er war, für ihn selbstverständlich, im Verband deutscher Schriftsteller (VS) und Mitglied der „Neuen Gesellschaft für Literatur“ (NGL) und als Reaktion auf den Nationalsozialismus: Pazifist. Wie jeder Intellektuelle, der sich seit Sokrates zwischen Geist und Macht platziert sieht, lehnte er jede sich nur pseudohaft legitimierende Macht ab. Daher war er durch und durch Demokrat. Das ehrte ihn und so sollte man sich seiner erinnern.

Olav Münzberg

Bestens qualifiziert und billig

Politiker in Marzahn-Hellersdorf fördern prekäre Verhältnisse für Musikschullehrerinnen

Seit Jahrzehnten hat Berlin zwei Spitzenpositionen inne: Die Berliner Musikschulen gehören zu den größten Deutschlands, bundesweiter Rekordhalter ist man aber auch im Hinblick auf prekäre Arbeitsverhältnisse. Rund 90 Prozent der Berliner Musikschullehrer sind Honorarkräfte ohne ausreichende soziale Absicherung. Nun soll auf Betreiben des Volksbildungsstadtrates Komoß (SPD) ein weiterer Abbau der wenigen verbliebenen festen Stellen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf stattfinden.

**Musikalische Botschaft
kaum erhört**

Unterstützt wird Komoß insbesondere von der Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle (Die Linke), die fest angestellte Musikschullehrerinnen vor allem als Kostenfaktor betrachtet. Obwohl in Marzahn-Hellersdorf – wie in den meisten anderen Bezirken auch – ohnehin nur noch die Schullei-

tungs- und Fachbereichsleiterpositionen mit fest angestellten Lehrern besetzt sind, wurde im Juni 2007 eine Verlagerung von 4,78 Stellen in den Stellenpool angekündigt. Betroffen sind insgesamt sieben teilzeitbeschäftigte Lehrerinnen. Der umstrittene Stellenpool soll eigentlich nur die Stellen auffangen, die sich als überflüssig erwiesen haben. Dies trifft auf die Marzahner Musikschullehrerinnen keineswegs zu: Alle sind mit Fachbereichsleitung, Unterrichtstätigkeit sowie musikalischer Bereicherung von Bezirksveranstaltungen voll ausgelastet. Sollten die Lehrerinnen an andere Musikschulen versetzt werden, müssten Fachbereiche, die bisher aus fachlichen und organisatorischen Gründen eine eigene Organisationseinheit bilden, zusammengelegt werden. Dadurch wird der Bezirk erheblich an Qualität seines bisher gut funktionierenden Kultur- und Bildungsbetriebes Musikschule verlieren.

Selbst wenn die sieben Lehrerinnen durch Honorarkräfte „ersetzt“ werden sollten, würde es zu



Verlusten am „Organismus Musikschule“ kommen, da Honorarkräfte in der Regel nur für die erteilten Unterrichtsstunden bezahlt werden und nicht für damit verbundene Arbeit. Die Schüler verlieren ihre Lehrerinnen und wahrscheinlich auch ihre Unterrichtsplätze. Es werden dann weniger Schülerkonzerte veranstaltet. Eine intensive Förderung besonders begabter Schüler wird kaum noch stattfinden. Die Vernetzung von interdisziplinären Angeboten wird erheblich eingeschränkt, so dass auch die Bildung von Ensembles, Orchestern oder anderen Kooperationsprojekten nicht mehr im bisherigen Umfang stattfinden kann.

Gegen den geplanten Stellenabbau hat die Fachgruppe Musik durch eine Unterschriftenaktion protestiert. An allen Berliner Musikschulen wurden insgesamt 5000

Unterschriften gesammelt und Ende Juni in Anwesenheit von Eltern und Förderverein der BVV mit musikalischer Begleitung durch das Musikschulorchester überreicht. Erhört wurde die musikalische Botschaft jedoch nur zum Teil. Die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle orientiert sich in einem Brief an die FG Musik an den „...hervorragend qualifizierten, freiberuflichen Lehrkräften, deren Personalkosten rd. 40% niedriger sind als die für fest angestellte“ und mit denen die Mehrheit der Berliner Musikschulen bereits arbeite. Eine Alternative dazu gebe es nicht, womit auch ein Gespräch mit der Fachgruppe Musik überflüssig sei. Qualitätsverlust befürchtet die Linkspolitikerin nicht.

Mit dieser Auffassung zeigen politisch Verantwortliche einmal mehr, dass sie prekäre Arbeitsverhältnisse im Bildungsbereich als wünschenswertem Normalzustand betrachten. Dennoch: Durch die anhaltenden Proteste ist es gelungen, zumindest zwei volle Stellen zu retten. **Anja Bossen**

OFFENES FUNKHAUS NALEPASTRASSE

Das Tor und die Türen des Funkhauses Nalepastraße waren am Sonntag, dem 9. September 2007 weit geöffnet. Zum landesweiten „Tag des offenen Denkmals“ hatte die „Keshet-Geschäftsführung GmbH & Co – Rundfunkzentrum Berlin KG“ interessierte Berlinerinnen und Berliner zur Besichtigung des Hauses eingeladen, in den Teil, der ihr seit knapp einem Jahr gehört: also die denkmalgeschützten Gebäude A, B, C und D. Führungen sollten um 11, 13 und 15 Uhr stattfinden. Bereits um 10 Uhr standen einige Duzend Besucher vor dem Tor. Die Führung für die letzten etwa 70 Personen war dann erst gegen 18 Uhr beendet. Kurzum, es kamen so viele Besucher, dass sich die Geschäftsführung notgedrungen entschloss, den Einlass schon eher zu gewähren, übertraf der Ansturm doch alle Erwartungen. Im Vorfeld hatten die Funkhaus-

Chefs bei der Leitung der ver.di-Senioren-Betriebsgruppe Rundfunk (ihr Büro befindet sich jetzt im Erdgeschoss, Block A, Zimmer 059, schräg gegenüber dem ehem. Musikarchiv) angefragt, ob einige Kolleginnen und Kollegen, die das Haus gut kennen, Führungen durch das Areal übernehmen könnten. Die Zusage stand von vornherein außer Zweifel, des weiteren mietfreien Gastrechtes im Funkhaus wegen, aber auch aus alter Verbundenheit zur eige-

nen jahrzehntelangen Arbeitsstätte. Mit viel Mühe und Verständnis gelangen die Führungen der Menschenmassen im Block A und B. Der Rundgang begann im neu gestalteten Foyer des Blockes A, mit seiner Sammlung unterschiedlichster Funkhausuhren vergangener Zeiten, ging dann weiter in den Block B zum großen Saal 1 bis hin zum nach wie vor aktiven Hörspielstudio 2. Zeitweise wurden Gruppen mit 50 bis 100 Teilnehmern durch das Ge-

lände geleitet. Wir „Erklärer“ hatten uns gut auf das Ereignis vorbereitet, um über die Geschichte des Funkhausareals sprechen zu können, Fragen zu beantworten und Zusammenhänge zu erläutern. Der „Tag des offenen Denkmals“ war also ein voller Erfolg; auch für die Geschäftsleitung des „Rundfunkzentrums Berlin“. Der Dank gilt besonders den Kolleginnen Helga Deglmann, Christel Wenzlaff und Annelie Kellner, den Kollegen Achim Kretzschmar, Bernhard Kellner sowie Siegfried Pfaff und Peter Kainz. Die hielten sich im Hörspiel H 2 bereit, um diese interessante Produktionsstätte für das gesprochene Wort zu erklären, wobei gerade in diesen Räumen der Platz sehr beengt ist. Am Ende des Tages hatten ca. 2000 Besucher den denkmalgeschützten Teil des Funkhauses Nalepastraße kennengelernt.

Wolfgang Besser



Foto: transit/C. v. Polentz

Zugegeben, es ist ein weiter Weg. Von der Autobahnabfahrt Neuruppin geht es durch kleine verträumte Dörfer und eine weite Kulturlandschaft. Ausgebaute Straßen, wenige Menschen – in der Prignitz grüßt der demographische Wandel. Schließlich Netzeband: ein 200-Seelendorf mit einem großen Parkplatz auf der grünen Wiese. Ins Auge sticht ein hübsch restaurierter klassizistischer Bau, die Temnitzkirche. Davor ein Grill, auf dem ein paar Buletten und Würstchen brutzeln. Durchs Hauptportal geht es ins Kircheninnere, überlebensgroße Holzskulpturen lassen es wie eine Ausstellungshalle wirken. Ausgestattet mit einem Glas Wein und einer Eintrittskarte tritt der Besucher durch ein Nebentor in den Gutspark, der sich weit öffnet. Bühne frei für den Theatersommer Netzeband!

Höhepunkt der Saison war Shakespeares blutige Tragödie „Macbeth“, inszeniert von Frank Matthus, der sich unter anderem an der Kammeroper Rheinsberg als Regisseur einen Namen gemacht hat. Und „Macbeth“ war zugleich eine der aufwändigsten Produktionen der letzten Jahre in Netzeband, eine künstlerische und organisatorische Herausforderung. Für die Wahl des Stückes sprach Verschiedenes, wie Matthus erklärt: „Der Gutspark ist eine immens große Bühne. Also mussten wir, um sie zu füllen, große Mittel zum Einsatz bringen. Wir brauchten einen großen Inhalt, große Figuren und große Darsteller.“ Die Thematik um einen Menschen, der sich mit allen Mitteln an die Macht putscht und im wahrsten Sinne des Wortes über Leichen geht, habe an Aktualität nicht verloren. Drei Szenarien – eine Waldlichtung, eine Eichengruppe und der Wiesengrund vor der Kirche – fungieren als natürliche Bühnenbilder und geben dem Stück Kraft und Dynamik. Der Zuschauer muss sich von Schauplatz zu Schauplatz bewegen und wird so selbst zum Teil des Geschehens.

GROSS HEISST AUCH LAUT

„Groß“ heißt in Netzeband auch laut. „Wenn man von der Kirche herab in den Park sieht, denkt man unweigerlich: optisch genial – akustisch unmöglich“, sagt Matthus. Also musste man die Darstellung im wahrsten Sinne des Wortes „verstärken“. Prominente Schauspieler wie Corinna Harfouch oder

Ein Dorf macht Theater

Netzeband: natürliche Bühnenbilder und viel Engagement



Fotos: Henry Mundt

Laien hinter ausdrucksstarken Masken: Macbeth und seine Lady.



Bühne frei im Gutspark an der Temnitzkirche.

Doris Kunstmann sprachen die Texte, der Soundtrack wurde produziert und per Lautsprecher in den Park transportiert. Die Auführungstechnik erlaube es, anspruchsvolles Theater mit Laien, Bewohnern der Region, zu machen. Bei den Inszenierungen spielen sie zusammen mit professionellen Schauspielern bzw. Tänzern. Unter phantasievollen Masken agieren sie so, dass Text und Sound, Masken und Bewegungen zu einem Gesamtkunstwerk verschmelzen.

Im Mittelpunkt der Inszenierung standen zwei Profis, ein Tänzer und eine Tänzerin. „Das Spiel der Tänzer ist sehr expressiv“, sagt Choreographin Tina Weiler über

die entstandenen starken Bilder, die von der Kulisse unterstützt wurden. Auch die Zusammenarbeit mit Laien sei spannend: „Sie haben nicht die Bewegungsmöglichkeiten wie Profis. Aber in den Gesprächen über die Figuren schält sich eine ganz eigene Körpersprache heraus.“

SYMBOL DES AUFBRUCHS

Angefangen hat Theater in Netzeband 1996 mit Maxim Gorkis „Sommergästen“ und dem Stück „Unter dem Milchwald“ von Dylan Thomas, das bald zum Publikumsmagneten avancierte. Stadtflüchtlinge und Einheimische fan-

den sich in Netzeband zusammen, um mit viel Kreativität ein ungewöhnliches Theater zu gründen. „Entdeckt“ hatte den Ort 1992 der Landschaftsarchitekt Horst Wagenfeld: Als „Integrierte Ländliche Entwicklung“ in Brandenburg fast noch ein Fremdwort war, fand er begeisterte Mitstreiter im Dorf und der Umgebung, 1993 gründete sich der Förderverein Temnitzkirche. Die Restaurierung der abbruchreifen Dorfkirche wurde zum Symbol des Aufbruchs, aus dem 1995 die Idee zum Theaterfestival unter freiem Himmel entstand. Auf den „Milchwald“ folgten Stücke etwa von Hofmannsthal, Federico Garcia Lorca und Astrid Lindgren, dazu etwa 20 Gastspiele. Rund 5000 Besucher pro Jahr zählte der Verein in den Anfängen.

ES GIBT KEINEN WINTERSCHLAF

Größtes Hindernis war wie so oft das Geld. Die meiste Arbeit leisten Vereinsmitglieder, Feuerwehr und andere Helfer aus dem Dorf bis heute ehrenamtlich. Fördermittel flossen zunächst gar nicht, später spärlich. Nach einigen Berg- und Talfahrten und dem Versuch, über eine Festspiel GmbH den finanziellen Balanceakt besser zu meistern, ist das Festival 2005 an seine Ursprünge zurückgekehrt: Nach einigen Jahren Abstinenz haben der Förderverein Temnitzkirche und seine ehrenamtlichen Mitstreiter den Theatersommer wieder unter ihre Fittiche genommen. Unter weiterhin schwierigen finanziellen Bedingungen – der regnerische Sommer 2007 brachte weniger Eintrittsgelder als das Vorjahr – soll es dennoch weitergehen.

In den nächsten Jahren will man noch höher hinaus: Frank Matthus wird 2008 bis 2010 eine „Nibelungen-Trilogie“ inszenieren. Zuvor steht jedoch in Netzeband zum zweiten Mal auch ein „Theaterwinter“ an: „Störenfrieda“, ein Theaterstück mit Musik über Toleranz, Andersartigkeit, Beschränktheit soll vor Weihnachten Kinder, Jugendliche und Erwachsene verzaubern. **ucb**

MEDIENGALERIE

Ausstellung

Seit 9. Oktober sind in der Medien Galerie „Wasser-Ansichten“ zu sehen. Die Ausstellung der Fachgruppe Bildende Kunst vereint Ölgemälde, Radierungen, Objekte, Installationen und Medaillen zum lebenswichtigen Thema Wasser und ist noch bis 16. November zu sehen.

Danach wird ab Ende November bis in den Januar eine Ausstellung zum Thema „Neuruppiner Bilderbogen“ folgen. Die Vernissage findet voraussichtlich am 20. November statt. Am Eröffnungstag können original „Neuruppiner Bilderbögen“ nicht nur betrachtet, sondern Nachdrucke auch käuflich erworben werden. Zum genauen Termin siehe: www.mediengalerie.org

VERLAGE, DRUCK, PAPIER

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr, im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

MUSIK

Konzerte in der Medien Galerie: Die Fachgruppe Musik veranstaltet in Zusammenarbeit mit den Musikschulen immer am letzten Schulfreitag des Monats, Beginn 19.00 Uhr, eine Konzertreihe in der Medien Galerie, Dudenstr. 10 10965 Berlin, direkt am U-Bahnhof Platz der Luftbrücke. Eintritt frei. Kontakt: lutfussangel@t-online.de

Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landesfachgruppenvorstandes eingeladen. Nachfrage bei Anke Jonas, Tel. 0 30/88 66 54 03

LITERATUR

VS Brandenburg: Mitgliederversammlung am 7. November 2007, 14 Uhr, Stadtbibliothek in Frankfurt/Oder (Bischofstr. 17, gegenüber Rathaus), ab 16 Uhr Lesung am gleichen Ort zur Erinnerung an den Autor Hans Weber

VS Berlin: Fast vergessene Schriftstellerinnen und Schriftsteller „Inge von Wangenheim“, vorgestellt von Jan Eik, am 13. Dezember 2007, ab 19.30 Uhr, Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, 10719 Berlin

Die HOMEPAGE des ver.di-FACHBEREICHES 8 im Landesbezirk Berlin-Brandenburg ist erreichbar unter: www.medien-kunst-industrie.bb.verdi.de

Für die Fortsetzung dieser Reihe ab 2008 wurden Vorschläge erarbeitet. Sie betreffen folgende Autoren: Theodor Wolff (1868-1943), Erdmann Graeser, Erich Mühsam (1878-1934), Julius von Voß (1768-1832), August Friedrich Ernst Langbein (1757-1835), Karl Bleibtreu (1859-1928), Heinrich Seidel (1842-1906), Julius Wolff (1834-1910), Georg Heym (1887-1912), Julius Rodenberg (1831-1914), Paul Schlenther, (1854-1916), Barbara Noack (*1924), Hermann Sudermann (1857-1928), Dieter Meichsner (*1928), Rudi Strahl, Julius Bierbaum, Arno Holz (1863-1929), Max Kretzer (1854-1941), Franz Fühmann (1922-1984)

Wer einen Abend zu diesen oder anderen Autoren gestalten möchte, melde sich bitte bis Jahresende in der Geschäftsstelle, Tel. 030/8866-5402.

Lesemarathon 2008

Termine und Themen siehe Seite 11 in diesem Sprachrohr.

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im „Terzo Mondo“ ab 19 Uhr, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bhf Umlandstr. (U 15) oder vom S-Bhf Savignyplatz entfernt.

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe 10 finden i. d. R. am 2. Montag des Monats statt, der erweiterte Vorstand tagt alle zwei Monate. Nächster Termin: 12. November bei der MOL GmbH. Informationen: Georgia Weiland Tel. 030/88 66-54 12.

MEDIEN

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bhf. Karl-Marx-Str.) Gedankenaustausch, thematische Schwerpunkte, Rückfragen: Tel. 030/8 34 16 01, Evelin Gundlach.

Medientreff für dju-Mitglieder und freie Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film AV-Produktion

und Neuen Medien am zweiten Dienstag im Monat um 19 Uhr im Restaurant „Cum Laude“, Universitätsstraße 4, Berlin-Mitte. Nächste Termine am 13. November und 11. Dezember.

Seminar

Tagesseminar „Existenzgründung für Journalisten, Medienberufler und Künstler“ am 6. November, 9.30 – 16.30 Uhr, ver.di-Haus, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin, Raum 5.12

Inhaltliche Schwerpunkte: Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit, Förderungsmöglichkeiten (Überbrückungsgeld u. a. Existenzgründungshilfen), Anmeldeformalia, soziale Absicherung für Freie (Künstlersozialkasse), betriebswirtschaftliche und steuerliche Aspekte, Gemeinschaftsgründungen.

Anmeldung: Tel. 030/8866-4106, E-Mail: Andreas.Koehn@verdi.de, ver.di Berlin-Brandenburg, FB 8, Köpenicker Str., 30, 10179 Berlin Mitglieder zahlen 13, Nichtmitglieder zahlen 50 Euro.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats (Dez. entfällt) um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alter Krug“. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: Mitgliederversammlung zum Thema „Berliner Mietspiegel 2007“ mit Gast Rainer Wild, stellv. Hauptgeschäftsführer Berliner Mieterverein am 7. November, 14 Uhr, ver.di-Haus Köpenicker Str. 30, Raum 06.05

Ankündigung: Weihnachtsfeier am 17. Dezember, 14 Uhr, Springbornklub, Springbornstr. 13, S-Bahn Schöneweide, Bus 160

Bezirk Berlin: gewerkschaftsöffentliche Mitgliederversammlung des Seniorenausschusses am 19. November, 11 Uhr im Gewerkschaftshaus, Köpenicker Str. 30,

Raum 4.12. Vorstandssitzung: 5. November (gleiche Zeit u. Ort)

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30. Kontakt: Ulla Pingel, Tel. 030/621 24 50, E-Mail: ulla.pingel@gmx.de. Claudia Spreen, Tel. 030/6 26 62 45, E-Mail: CLSPR@t-online.de. Bernd Wagner, Tel. 01 60/770 59 05, E-Mail: bernd.wagner@verdi-berlin.de

SCHULUNGEN

Bildungsprogramm 2008

Die Bildungsprogramme 2008 der verschiedenen ver.di-Bildungsträger mit Angeboten für gewerkschaftspolitische Seminare und Schulungen für Betriebs- und Personalräte liegen in den ver.di-Geschäftsstellen vor. Angebote können auch heruntergeladen werden unter: www.verdi-bildungsportal.de

Sprachrohr 6/07

erscheint am 17.12.2007

Redaktionsschluss am 19.11.07

Impressum

SPRACHROHR – Mitgliederzeitung des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg
Herausgeber: ver.di-Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung: Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-64, Fax: 030/61 30 96-66.

nehrlich@pressebuero-transit.de
Gestaltung / Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030 / 61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Scheler, Weißdornweg 17, 16552 Schildow
Tel: 03 30 56/22 46 71,
Fax: 03 30 56/944 18
Druck: Henke-Druck, Plauer Straße 160, 13053 Berlin

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße

Ort

Bemerkungen

ver.di, Fachbereich 8, Medien, Kunst und Industrie Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

5107 SPRACHROHR

ALLES WAS RECHT IST

Ein Tag später hieß zehn Monate Einbuße

Bundesverfassungsgericht angerufen: Kürzung von Arbeitslosengeld für Ältere rechtens?

Hartz IV ist in die Debatte geraten. Nicht nur, dass sich wieder öffentlicher Protest regt, weil die sogenannten Arbeitsmarktreformen in der Bevölkerung mehrheitlich und zunehmend als gewaltige Ungerechtigkeit empfunden werden.

Zumindest bessere Übergangsregelungen

Auch die SPD führt momentan einen Richtungsstreit um Nachbesserungen, die als überlebenswichtig für die Betroffenen, vor allem aber als existenzielle Frage für Glaubwürdigkeit und Wahlchancen der „sozial“ demokratischen Partei gewertet werden können. Damit verbundene politische Richtungskämpfe zwischen Beck und Müntefering erhalten dieser Tage eine weniger medienwirksame, weil sehr sachliche juristische Flankierung: Das Berliner Sozialgericht hat Anfang Oktober zwei Musterfälle zur Kürzung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose an das Bundesverfassungsgericht überwiesen.

Die Karlsruher Richter sollen entscheiden, ob das „Gesetz zur Reform am Arbeitsmarkt“ vom Dezember 2003 in dieser Frage verfassungskonform ist, speziell was Übergangsregelungen betrifft. Allem Anschein nach ist der Berliner Vorstoß bislang der erste und einzige in dieser Sache (Aktenzeichen des Bundesverfassungsgerichts 1 BvL 9/07 und 10/07).

Innerhalb der Sozialgerichte ist generell umstritten, ob alle Teile der sogenannten Hartz-IV-Reform verfassungsgemäß sind. Das Gesetz hatte u. a. die Höchst-Bezugsdauer für ältere Arbeitslose von 32 Monaten auf eineinhalb Jahre verkürzt und damit nahezu halbiert. Für die Mehrzahl der übrigen Erwerbslosen wurde die Zahlung von ALG-I auf zwölf Monate begrenzt. Betroffen sind alle, die seit dem 1. Februar 2006 einen Antrag auf Arbeitslosengeld bei der Agentur für Arbeit gestellt haben.

Dieser scharfe Schnitt erzeugte Härtefälle, von denen einige auch beim Berliner Sozialgericht landeten. Die 56. Kammer des haupt-

städtischen Gerichts hat zwei Musterfälle ausgewählt und zur Entscheidung nach Karlsruhe delegiert.

Der erste Fall betrifft einen 54jährigen Schlosser, der sich im November 2005, also vor In-Kraft-Treten der Arbeitsmarktreformen, arbeitslos gemeldet hatte. Seinerzeit bewilligte ihm die zuständige Agentur für Arbeit – der damaligen Gesetzeslage entsprechend – für 780 Tage Arbeitslosengeld. Diese Bewilligung wurde jedoch aufgehoben, nachdem die Krankenkasse des Betroffenen festgestellt hatte, dass der Erwerbslose zu diesem Zeitpunkt krank und nicht arbeitsfähig war. Nach seiner Genesung stellte der Schlosser am 1. März 2006 erneut einen Antrag auf Arbeitslosengeld, erhielt nach der Reform aber nur noch 360 Tage zugesprochen, weniger als die Hälfte der ursprünglich genehmigten Bezugsdauer.

Der zweite Fall: Ein 52jähriger Verkäufer meldete sich genau am Stichtag 1. Februar 2006 arbeitslos. Ihm wurden ebenfalls Leistungen für zwölf Monate bewilligt.

Hätte er das Arbeitslosengeld nur einen Tag früher beantragt, hätte er einen Anspruch auf ganze 22 Monate geltend machen können.

In beiden Fällen begründet das Berliner Sozialgericht seinen Antrag auf Überprüfung der Rechtmäßigkeit damit, dass der Anspruch auf Arbeitslosengeld durch das Grundrecht auf Eigentum gemäß Artikel 14 Grundgesetz geschützt sei. Zumindest, so machen die Berliner Richter geltend, hätte die „drastische Kürzung der Anspruchsdauer“ durch eine längere Übergangsfrist abgedefert werden müssen. Denkbar wäre es aus ihrer Sicht gewesen, „die Höchstdauer des Anspruchs jährlich um einen Monat abzusenken“. Ähnliche Staffelungen seien in anderen Bereichen des Sozialversicherungsrechtes üblich.

Da die Richter des Bundesverfassungsgerichts völlig frei auch in der Terminierung entscheiden, lässt sich nicht abschätzen, wann in dieser Sache Recht gesprochen wird. Der Kampf in der SPD-Führung ist ja inzwischen entschieden. **Nora Paunsdorff**

ANZEIGE

Journalisten, Autoren, Künstler!



Von der Gründung zur erfolgreichen selbständigen Existenz.
Wir beraten, begleiten und betreuen Sie:

- auf dem Weg in die Selbständigkeit, z. B. **Gründung** aus Arbeitslosigkeit/ABM (Antrag Überbrückungsgeld), **Gemeinschaftsgründungen**;
- bei der **Fördermittelbeantragung**, incl. fachlicher Stellungnahme;
- bei der **Überprüfung** Ihres Konzepts und der betriebswirtschaftl. **Rahmenbedingungen**;
- bei der **KSK-Antragstellung** und sozialen Absicherung;
- bei der Antragstellung für das **Presseversorgungswerk**



BERND HUBATSCHEK

MEDIEN
KUNST
KULTUR
CONSULT

Gotlandstraße 7 · 10439 Berlin

Tel.: 030 / 44 65 08 10

Fax: 030 / 44 65 08 11

e-mail: MKKConsult@aol.com

Internet: www.MKK-Consult.de

